

Besprechungen

Antoine Oldendorff: Grundzüge der Sozialpsychologie. Betrachtungen über die Problematik der sozialen Wirklichkeit. Köln 1965. J. P. Bachem. 232 S. (Niederländische Originalausgabe: „De psychologie van het sociale leven“, 1. Aufl. 1953, deutsche Übersetzung nach der 5. überarbeiteten Auflage von 1962).

Der Autor will — wie er betont — keine systematische Einführung in die Sozialpsychologie geben, sondern lediglich einen Eindruck von sozialpsychologischen Problemen vermitteln. Über die Behandlung einer Auswahl von einschlägigen Problemen, die für den Leser leicht zugänglich sind, soll das Terrain der Sozialpsychologie erkennbar gemacht werden. Das Buch unterscheidet sich von anderen Büchern dieser Art dadurch, daß soziologisches, psychologisches und philosophisch-anthropologisches Denken miteinander vereint werden. Die dem Sozialpsychologen sonst meist ferner liegende grundsätzliche Welt- und Menschendeutung wird in Verbindung mit der flüssigen Art der Darstellung manchem den Wissenschaftsbereich der Sozialpsychologie erschließen. Eine Schilderung nur empirischer Befunde und widerstrebender theoretischer Ansätze würde bei dem Leser im allgemeinen sicher weniger Beachtung finden — wenn auch die Arbeits- und Denkweise der Sozialpsychologen dadurch besser repräsentiert würde.

Nach einer Einleitung in die sozialpsychologische Betrachtungsweise und die Untersuchungsmethoden beschäftigt sich der Verfasser im ersten Kapitel mit der Person. In diesem wie auch im zweiten Kapitel („Das Ich und der Andere“) wird die gedankliche Grundlage geschaffen, in die später einige empirische Befunde eingesetzt werden. Im dritten Kapitel wird dargestellt, daß der Mensch von den Erwartungen seiner Mitmenschen auf ein Rollenverhalten eingesteuert wird, das sich bei Vorliegen bestimmter Situationsbedingungen wiederholt. Unter dem Titel „Der soziale Raum“ wird erörtert, wie sich für den einzelnen die Masse der Mitmenschen in gesellschaftlich „gleichwertige“ und in verschiedene Rubriken „ungleichwertiger“ gliedert. Im fünften Kapitel geht es um „Die soziale Lebensordnung“, um soziale Normen und um mehr oder weniger verbindliche Regeln, mit deren Hilfe die Lebensabläufe im Sinne einer Erleichterung des täglichen Zusammenlebens der Menschen reguliert werden. Die Erörterung der erlebten Gliederung der mitmenschlichen Umwelt wird im folgenden Abschnitt noch einmal aufgegriffen und nun unter dem Gesichtspunkt der für das Erleben und Verhalten wesentlichen Trennung in Angehörige der Eigen- und der Fremdgruppen behandelt. Knapp und eigentlich nur andeutungsweise wird im nächsten Kapitel über die Bedeutung der

Gruppe für das Individuum berichtet und über die Probleme der gleichzeitigen Zugehörigkeit eines Menschen zu verschiedenen Gruppen. Ausführlicher und mit Bezug auf experimentelle Untersuchungen wird anschließend über „Die Konfiguration der Gruppe“ gesprochen und dem Leser ein Einblick in die Regelmäßigkeiten der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb von Gruppen gegeben. Das vorletzte Kapitel informiert über verschiedene Formen der Führung und ihre Konsequenzen für das Gruppengeschehen. Den Abschluß bildet die Diskussion der „Moral“ der Gruppe und deren Bedingungs Momente.

Obgleich das Buch insgesamt mehr eine Sichtweise nahebringt, als Ergebnisse sozialpsychologischer Untersuchungen referiert, wird der Leser auch — gewissermaßen nebenbei — in die heute im Vordergrund der Sozialpsychologie stehende experimentalpsychologische Methode eingeführt. Der Versuch, bei einem größeren Kreis psychologisch nicht vorgebildeter, aber interessierter Leser Verständnis für sozialpsychologische Aspekte zu wecken, scheint uns besonders verdienstvoll in einer Zeit, in der die Bevölkerungsdichte und die dadurch entstehenden Probleme im menschlichen Zusammenleben zunehmend mehr Beachtung verlangen.

Joachim Franke, Berlin

Alfred Bohnen: Die utilitaristische Ethik als Grundlage der modernen Wohlfahrtsökonomik. Mit einem Geleitwort von Gerhard Weisser. (Monographien zur Politik, herausgg. v. Forschungsinstitut f. Sozialpolitik d. Universität zu Köln, Heft 6.) Göttingen 1964. Otto Schwartz & Co. 123 S.

Der Verfasser will in der vorliegenden Arbeit „den geistesgeschichtlichen Hintergrund der Welfare Economics, nämlich ihre Verwandtschaft mit der Sozialethik des Utilitarismus“ aufzeigen. Ein verhältnismäßig breiter Raum ist dabei den methodologischen Fragen, insbesondere der Problematik der Nutzenmessung gewidmet. Während Arthur C. Pigou zur Kennzeichnung von Nutzen und Wohlfahrt von Erlebnissen und Bewußtseinszuständen ausging, vermeiden die Vertreter der „New Welfare Economics“ jeden Versuch, den Begriff des Gemeinwohls aus individuellen Nutzenschätzungen und interpersonellen Nutzenvergleichen abzuleiten. „Als Reaktion gegen den Introspektionismus der älteren Wohlfahrtsökonomik kann die größtenteils radikal *behavioristische* Betrachtungsweise der sogenannten ‚New Welfare Economics‘ angesehen werden“ (S. 33). Unter „Nutzen“ versteht man nicht mehr ein Befriedigungsgefühl, sondern den quantitativ bestimmbar Ausdruck für eine Wahlentscheidung. Vilfredo Pareto versuchte erstmals, das Wohlfahrtskriterium im Sinne einer ordinalen meßbaren Größe zu bestimmen. Das Maximum einer Wohlfahrtsförderung liege vor, wenn es nicht mehr möglich sei, den Nutzen eines Individuums zu erhöhen, ohne gleichzeitig die Wohlfahrt eines anderen zu verringern.

Der Autor beschäftigt sich ausführlich mit dieser ethisch neutralen Interpretation individuellen Wahlverhaltens und kommt zu dem Schluß: „Das paretianische Wohlfahrts optimum gibt keine Antwort

auf die Frage, wie das Einkommen in der Volkswirtschaft verteilt werden soll“ (S. 88). Den gleichen Einwänden begegnen im Grunde die Vorschläge von Nicholas *Kaldor* und John R. *Hicks*. Eine Wohlfahrtssteigerung sei dann gegeben, wenn es den sozialpolitisch Begünstigten möglich ist, die Benachteiligten zu entschädigen und dabei selbst noch einen Gewinn zurückzubehalten (S. 90). Bohnen hat ganz recht, *Kaldor* und *Hicks* hätten damit kein „Wohlfahrtskriterium“ geboten, sondern nur eine Definition des Begriffs „soziale Wohlfahrtssteigerung“ (S. 94).

Die Theorie der sozialen Entscheidungsprozesse hat zwei Hauptprobleme zu lösen, beide jedoch offengelassen: 1. „Wie kommt man zu empirisch richtigen Messungen der individuellen Präferenzen?“ 2. „Wie läßt sich aus einer Vielzahl individueller Präferenzrangfolgen eine einzige kollektive Präferenzskala konstruieren, in der die Einzelinteressen in größtmöglichem Maße Berücksichtigung finden?“ (S. 119).

Die vorliegende Abhandlung, ursprünglich eine Dissertation (1962), gibt eine gute und kritische Darstellung der in den letzten Jahrzehnten stark in den Vordergrund sozialwissenschaftlicher Arbeit gekommenen Wohlfahrtsökonomik. Der Herausgeber, Gerhard *Weisser*, hat in einem ausführlichen Geleitwort die Gelegenheit wahrgenommen, kurz über die Tätigkeit des Instituts für Sozialpolitik an der Universität Köln zu berichten, sodann aber zu der Wirtschaftsperspektive der Wohlfahrtsökonomik Stellung zu nehmen. Während die Wirtschaftswissenschaft gemeinhin von einem eindeutig bestimmten Begriff der Wirtschaft ausgehe, wobei die Wirtschaftlichkeit das wesentliche Merkmal bildet, lasse sich die Wohlfahrtsökonomik von dem „wirtschaftswissenschaftlich wenig fruchtbaren“, traditionellen Wortgebrauch leiten. — Zu diesem Thema ließe sich viel sagen. Nur kurz dieses: Das Erkenntnisobjekt „Wirtschaft“ umfaßt in einzelnen Disziplinen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erheblich mehr, als was ihnen *Weisser* zuweisen möchte. Weder die Wirtschaftshistorie noch die wissenschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik würden mit einem Begriff der Wirtschaft auskommen, wonach „unter Beachtung bestimmter Bedingungen nach der Regel der Wirtschaftlichkeit verfahren wird“ (S. XI). Auch das Geleitwort des Herausgebers gibt also Anlaß zu mannigfachen kritisch-weiterführenden Überlegungen.

Herbert Schack, Berlin

Wilhelm Abel: Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der Industriellen Revolution. Dortmund 1966. Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. 20 S.

Nach einem jüngsten Urteil von Hans *Rosenberg*, Berkeley, steht der „brillante Agrarhistoriker Wilhelm Abel“ mit M. M. *Postan*, Cambridge, und dem Holländer B. H. *Slicher van Bath* in der ersten Reihe der europäischen quantitativ-statistisch ausgerichteten Agrargeschichtsforschung. In seinem Vortrag vor der Gesellschaft für West-

fälische Wirtschaftsgeschichte legt Abel neuere preis- und lohngeschichtliche Untersuchungen vor, um sich gegen die (häufig von der orthodoxen marxistischen Historiographie vertretene) These zu wenden, „daß die Armut in der ersten Hälfte des 19. Jh. mit den Anfängen der Industrialisierung zusammenfällt oder gar durch die Industrie verursacht worden sei“. Demgegenüber versteht Abel den Pauperismus der Industriellen Revolution in Deutschland (beispielhaft die Weberaufstände in Schlesien, das Spinnerelend in Westfalen) als den Gipfel einer „langsam sich verschärfenden Armut“.

Eingehend weist der Verf. nach, daß vom 14. Jh. bis in das 19. Jh. hinein Bevölkerungsentwicklung und Reallöhne negativ korreliert sind. Durchweg ist eine prinzipielle Verarmung der sich nur durch ihre Arbeitskraft ernährenden Bevölkerung festzustellen. Starke, exogen bedingte Bevölkerungsverluste (etwa durch die Pestzüge und Seuchen des 14./15. Jh.) bewirken in der Folgezeit eine bessere Lage für die Überlebenden. Als seit Ende des 15. Jh. die Bevölkerung wieder zunimmt, eilen bei einem allgemein steigenden Preis- und Lohnniveau (sog. „Preisrevolution“ des 16. Jh.) die Nahrungsmittelpreise denen für Arbeitskraft und Gewerbewaren (Kostenaspekt der Löhne!) weit voraus. Auf Grund der verschiedenen Preis- und Einkommenselastizitäten ist der Preisanstieg bei Vegetabilien (Getreide, Hülsenfrüchte) gegenüber den animalischen Nahrungsmitteln besonders ausgeprägt. Zwischen 1500 und 1600 dürfte die Kaufkraft der Arbeits-einkommen um ein Drittel bis zur Hälfte gesunken sein.

Der Dreißigjährige Krieg, der einen Bevölkerungsverlust von 35 bis 40 % mit sich bringt, schafft „Erleichterung“ und hat nach Meinung der Zeitgenossen ein Aureum Saeculum im Gefolge: stark anziehende landwirtschaftliche und gewerbliche Löhne, steigende Preise für Gewerbewaren, aber „wohlfeiles Getreide“. Auch die Nachbarländer Deutschlands verzeichnen zwischen 1660 und 1750 ähnliche Verhältnisse auf Grund eines (den Bevölkerungshistorikern noch rätselhaften) Stagnierens oder z. T. kräftigen Abnehmens der Bevölkerung. Die seit 1750 allgemein steigenden Bevölkerungszahlen führen erneut zu den bekannten Auswirkungen auf Preise und Löhne. Das in diesen Jahren in England entstehende Industriesystem bringt zwar zusätzliche Härten für einzelne Branchen und die dort Tätigen, ändert jedoch prinzipiell nichts an den niedrigen Realeinkommen.

Die Not zur Zeit der Frühindustrialisierung war nicht durch diese verursacht, sondern gehörte dem säkularen Pauperismus des ausklingenden agrarischen Zeitalters an, in dem der technische Fortschritt die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit nicht wesentlich steigerte; zumindest dürfte seine Zuwachsrates unter der der Bevölkerung gelegen haben. Ebenso wie schon einmal zur Zeit der Stadtentstehung im 13. Jh. wuchs nun der technische Fortschritt rapid an und gestattete im weiteren Verlauf steigende Reallöhne bei steigenden Bevölkerungszahlen.

In neueren marxistischen Arbeiten klingt indessen eine relativierende Einstellung an. Für das Deutschland des 18. Jh. wird auf Grund

des Bevölkerungszuwachses eine bedeutende agrarische Überschußbevölkerung festgestellt und deren jahrzehntelanger Druck auf das Reallohniveau der sich entwickelnden Industriearbeiterschaft anerkannt. Freilich werden aber weiterhin die tatsächlich recht drastischen „social costs“ der kapitalistischen Industrialisierung als wesentlicher angesehen.

Karl W. Hardach, z. Z. Oxford

Fritz Redlich: Der Unternehmer. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studien. Göttingen 1964. Vandenhoeck & Ruprecht. 397 S.

Redlich, der sein Buch mit einer Autobiographie einleitet, legt hier 16 Aufsätze vor, die an anderen Stellen schon veröffentlicht wurden, nun aber überarbeitet sind. Er geht aus von den Problemen, die er als „geistige Hintergründe“ seines Forschungsgebietes bezeichnet, und untersucht zunächst den Unternehmer als „dämonische Figur“ (in Weiterführung von Gedanken Paul Tillichs) sowie Zusammenhänge zwischen seinem Arbeitsbereich und weltanschaulichen Fragen. Die folgenden Teile beschäftigen sich u. a. mit dem Unternehmer „als Gestalt der ökonomischen Theorie“, mit soziologischen Problemen, mit dem „Unternehmer in der Ideengeschichte“, mit Unternehmergruppen und schließlich mit den Beziehungen zwischen „Unternehmungs- und Unternehmergeschichte“. Wenn Redlich, der bedeutendste Forscher der Unternehmergeschichte, zwar einzelne, in sich abgeschlossene Beiträge aneinandergefügt hat, so ergeben diese doch ein harmonisches Ganzes, und im Anschluß an diese Leistung kann Edgar Salin sehr nachdrücklich noch auf verschiedene Voraussetzungen für die weitere Forschung in dieser historischen Disziplin hinweisen.

Eberhard Schmieder, Berlin

Hermann Oncken: Lassalle. Zwischen Marx und Bismarck. Eine Biographie. Mit einem Vorwort von Felix Hirsch. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966. Kohlhammer GmbH. 399 S.

Hermann Onckens Lassalle-Bibliographie bedarf kaum einer besonderen Vorstellung, das Buch erscheint in der 5. Auflage. Rezensenten wie Franz Oppenheimer, Thomas Masaryk, Friedrich Meinecke und Theodor Heuß waren des Lobes voll; Eduard Bernstein bezeichnete es als „kein glänzendes, aber ein im wesentlichen zuverlässiges Buch“. Felix Hirsch nennt das Buch ein „klassisches Werk der Geschichtsschreibung“, wenn es auch in Einzelheiten überholt sei. Man kann ihm wohl zustimmen.

Allerdings sollte man den „Einzelheiten“ mehr Gewicht beimessen, als es Hirsch zu tun scheint. Sie erstrecken sich in diesem Fall nämlich auch auf die Art des Vorgehens des Historikers, d. h. auf seine Methode. Die Methodologie aber hat seit den Tagen Onckens (1869 bis 1945) auch in Deutschland Fortschritte gemacht. Selbstverständlich schmälert das die Verdienste des Historikers Oncken um nichts, zumal er — ebenso wie der mit ihm eng befreundete Friedrich Meinecke —

ein „*Ranke-Epigone*“ war: Seit *Ranke*, *Niebuhr*, *Boeckh* kann man von einem Durchbruch zur kritischen Geschichtsschreibung sprechen. Das öffentliche Bekenntnis zu *Rankes* Objektivität kostete Oncken 1934 den Lehrstuhl an der Berliner Universität. Objektivität paßte nicht zum „völkischen“ Geschichtsbetrieb der Nationsozialisten.

Methodologisch läßt die Biographie, wie gesagt, einiges zu wünschen übrig. So begabt, ja vielleicht sogar genial manchmal Oncken auf der Basis ihm bekannter Fakten sich bemüht hat, die historische Situation, Handlungsspielraum und Motivationsstruktur Lassalles zu erfassen — zu oft muß er seine Zuflucht zur Intuition, zum intersubjektiv unkontrollierbaren „Sich-einfühlenden-Verstehen“ als Erkenntnisweise nehmen. Damit aber überfordert er dies vor allem in die Psychologie der Forschung, d. h. in den Entdeckungszusammenhang gehörende — heuristische — Instrument. Denn „erklärt“ in wissenschaftstheoretisch haltbarem Sinn ist ein bestimmtes Phänomen durch intuitive Deutung noch nicht. Das geschieht erst im sogenannten Begründungszusammenhang: „Einen Vorgang ‚kausal erklären‘ heißt, einen Satz, der ihn beschreibt, aus *Gesetzen* und *Randbedingungen* deduktiv ableiten“, schreibt Karl R. *Popper*. Oder wie es Viktor *Kraft* formuliert: Die Wissenschaft „verlangt nicht einfach, daß ihre Aussagen wahr sind... Sie verlangt einen *Nachweis* für ihre Wahrheit, eine Begründung“.

An diesem Erkenntnisstand ist das Werk zu messen, zumal Oncken seine Aufgabenstellung ausdrücklich festlegt: Er will gleichsam in Vorwegnahme etwa der Faktorenanalyse der modernen Psychologie „die ganze Summe der Einflüsse“ auf Lassalle und dessen Handeln in einer „psychologischen Analyse“ bloßlegen. Er will „den Politiker Lassalle in seinem Entwicklungsgang und in seiner historischen Bedeutung darstellen“ (S. 19). Solch Vorgehen impliziert die Kenntnis nicht nur von individuellen Tatbeständen, sondern auch von allgemeinen Sachverhalten, d. h. Gesetzen. Oncken mußte sich zumeist mit Unterstellungen behelfen, denn die Kenntnis von den für seine Analyse notwendigen psychologischen, ökonomischen, soziologischen Gesetzen fehlt zum größten Teil heute noch.

Dennoch, Oncken hatte den Faden des wissenschaftlichen Fortschritts in der Hand: Er übernahm erstens *Rankes* Forderung nach Objektivität; Max *Weber* präzierte sie 1904 im „Wertfreiheitspostulat“. Darauf aufbauend betont heute *Popper* den „öffentlichen“ Charakter wissenschaftlicher Objektivität, d. h. die intersubjektive Kontrollierbarkeit von Aussagen. Zweitens kann die Geschichtswissenschaft seit *Ranke* in ihrem Hauptzug als Geschichte politischer Handlungen interpretiert werden. Man hatte erkannt, daß es darauf ankommt zu erklären, wie Handelnde gegebene Situationen gemäß bestimmten Maximen in neue Situationen transformieren.

Gerade an diesen Stellen setzt die moderne Sozialwissenschaft als Verhaltensforschung an. Onckens Buch führt demnach methodologisch bis an die sozialwissenschaftlichen Problemlösungsversuche der jüngsten Zeit heran. Seine Hypothesen über soziale Gesetzmäßigkeiten

fordern zu ihrer Überprüfung an der Realität heraus. Nicht bloß quantitative, sondern numerische Theorien gälte es zu finden, verlangte *Schumpeter*. Nun, Oncken zeigt, wie und wo man sie unter Umständen zu suchen hat.

Horst Hinz, Berlin

Erich Achterberg, Maximilian Müller-Jabusch: Lebensbilder deutscher Bankiers aus fünf Jahrhunderten. Frankfurt a. M. 1964. Fritz Knapp. 271 S.

Das reich ausgestattete und auch drucktechnisch hervorragende Buch setzt mit Jacob Fugger dem Reichen ein, und schon hier zeigt sich, daß der Titel zu eng, zu bescheiden gewählt ist; denn die Porträts der dargestellten Persönlichkeiten gehen weit über bloße Lebensbeschreibungen hinaus. Die einzelnen Biographien führen in die Geschichte der Banken bzw. in die Finanzgeschichte ein, und das gilt besonders für das 19./20. Jahrhundert. Mehr als die Hälfte der gewürdigten Bankiers haben den wirtschaftlichen Aufstieg nach 1800 wesentlich gefördert. Selbstverständlich tritt das Buch nicht mit dem Anspruch auf, alle bedeutendsten oder auch nur alle wichtigen Bankiers berücksichtigen zu wollen. Die flüssig geschriebene Untersuchung ist — ohne einen gelehrten Apparat beizufügen — für einen großen Leserkreis gedacht. Sie konnte bereits in 2. Aufl. erscheinen, die die kleinen Ungenauigkeiten oder Fehler der 1. Aufl. ausgemerzt hat. Eine 3. Aufl., die sehr zu wünschen wäre, müßte noch das richtige Todesjahr Philipps des Schönen (auf S. 29, nicht 1500, sondern 1506) angeben.

Eberhard Schmieder, Berlin

Gustav Stolper: Deutsche Wirtschaft seit 1870. (Fortgeführt von Karl Häuser und Knut Borchardt). 2. erg. Aufl. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XV/384 S.

In meiner Besprechung der 1. Aufl. des vorliegenden Buches in dieser Zeitschrift (vgl. 85 Jg. 1965, II. Halbbd., S. 749 ff.) wünschte ich dem verdienstvollen Buch eine baldige zweite Neuauflage. Diese ist erfreulicherweise vor kurzem, also schon nach zwei Jahren, erschienen. Ihr konnten, wie es im Vorwort heißt, ohne weiteres die Ergänzungen zugute kommen, die für die Vorbereitung einer neuen amerikanischen Auflage vorlagen. Auch eine japanische Ausgabe ist in Vorbereitung. Die deutsche 2. Auflage umfaßt XV und 384 statt XII und 375 Seiten, der Text selbst ist jetzt 360 statt 353 Seiten. Es ist verständlich, daß in den von Stolper und Häuser verfaßten Teilen kaum etwas geändert ist. S. 27 f. ist ein kleiner Abschnitt eingeschoben, und die Tabelle S. 28 ist weitergeführt. Das letztere kann man erfreulicherweise bei allen Tabellen wie auch im Text feststellen; es werden im allgemeinen Zahlen bis 1964 gebracht. Bei einigen Tabellen sind auch Berichtigungen vorgenommen und andere Basisjahre gewählt worden (vgl. S. 154, 239, 255, 300, 321 und 346 f.). Erfreulicherweise sind in der Übersicht der gebrachten Tabellen (S. XII ff.) nun auch Quellen angegeben. Den Satz, daß die Bank deutscher Länder die

Bank der Banken war (S. 242), hat Häuser mit Recht weggelassen. In der Ergänzung S. 243 findet sich ein Fehler, denn zur Zeit der Währungsreform gab es keine Münzen von 1 RM; diese waren bereits 1937 außer Kurs gesetzt worden. Die meisten Abänderungen finden sich, dem bearbeiteten Zeitraum entsprechend, verständlicherweise in den beiden von Borchardt bearbeiteten Teilen. Es handelt sich im wesentlichen um Weglassungen, Ergänzungen und exaktere Formulierungen. Zum Beispiel die Darstellung der EWG wird auf den neuesten Stand gebracht, ebenso werden die Reformen der Planwirtschaft der Ostzone während der letzten Jahre aufgezeigt (S. 351 f.). Auf S. 309 wird eine längere Ergänzung gebracht. Die Zahl der Menschen, die von 1950 bis 1962 den Eisernen Vorhang durchschritten, wird in der 1. Aufl. (S. 309) mit 2,6 Mill. und in der 2. Aufl. (S. 313) mit 3,6 Mill. angegeben. Die zweite Angabe kann als einigermaßen richtig angesehen werden. Den Satz „So gewaltig die Beträge waren, die für die Versorgung der Kriegsoffer von 1950—1960 und als Kriegsfolgenhilfe jährlich aufgebracht wurden, so blieben sie im Rahmen dessen, was das Deutsche Reich nach dem ersten Weltkrieg zur Versorgung der Kriegsoffer aufwandte“ (S. 313) hat Borchardt mit Recht in der 2. Aufl. weggelassen. Vor allem bringt dieser Autor auf den Seiten 275 bis 278 einen neuen Abschnitt über die Finanzverfassung der Bundesrepublik. Hierin findet sich ein Widerspruch, denn S. 276 heißt es, daß den Ländern Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugedacht seien, auf S. 277 dagegen, daß der Bund einen Anteil an diesen Steuern der Länder fordern könnte. Nach dem GG, Art. 106, ist die Einkommen- und Körperschaftsteuer grundsätzlich den Ländern zu überlassen; freilich wurde dann der Bund am Aufkommen dieser Landessteuern mit wechselnden Prozentsätzen beteiligt. Das Literaturverzeichnis ist um eine Anzahl von Schriften, insbesondere aus den Jahren 1964 bis 1966, bereichert.

Im Vorwort zur 2. Aufl. wird darauf hingewiesen, daß der Gesamttext noch einmal überprüft wurde. Leider sind die Ungenauigkeiten und Fehler, auf die ich in meiner Besprechung der 1. Aufl. hingewiesen habe, weitgehend noch nicht beseitigt worden. Hoffentlich geschieht das in der 3. Aufl., die ich allen an der Mitarbeit dieser Schrift Beteiligten aufrichtig wünsche.

Bruno Schultz, Berlin

Rudolf Braun: Industrialisierung und Volksleben. Band 1: Die Veränderungen der Lebensformen in einem ländlichen Industriegebiet vor 1800. Band 2: Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1960 u. 1965. Eugen Rentsch Verlag. 287 u. 368 S.

Vor allem seit dem Zweiten Weltkriege beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft nachhaltig mit Fragen der Industrialisierung, auch und gerade mit deren Frühzeit. Von den vielen anstehenden und

auch bereits wenigstens z. T. behandelten Problemen werden hier die „Veränderungen des Volkslebens“ herausgegriffen, die durch die eben neue „industrielle Existenzgrundlage“ bedingt wurden, wobei als Industrie sowohl die Heimarbeit im Verlagsgewerbe „als auch die mechanische Produktionsweise im Fabrikssystem“ verstanden werden. Braun mußte sich, um so gründlich und vielseitig vorgehen zu können, wie er es getan hat, auf die Untersuchung einer einzigen Industrielandschaft beschränken, auf das Zürcher Oberland, das als Einzelhofgebiet mit seinem seit dem 17. Jahrhundert charakteristischen Textilgewerbe zu den „früh und intensiv industrialisierten Gebieten Europas“ zählt. Keinesfalls ist damit angedeutet, daß eine Darstellung vorgelegt wird, die nur für den namentlich volkskundlich interessierten Lokal- bzw. Landeshistoriker wertvoll wäre. Sie führt doch auch in andere Landschaften hinein, außerdem geht sie weit über das engere Fachgebiet „Volkskunde“ hinaus, und nicht zuletzt: Sie bietet der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung Grundsätzliches u. a. in methodischer Hinsicht, was anderen und sicherlich folgenden Arbeiten wegweisend sein mußte.

Der erste der Bände, die beide zusammen ein geschlossenes Werk — obwohl der Verfasser nur von einer „Studie“ spricht — bilden, spürt den „Veränderungen der Lebensformen unter Einwirkung der Verlagsindustrie“ nach. Er beweist u. a., daß erst das Verlagsgewerbe den Menschen, die nur wenig oder gar keinen Grund und Boden besaßen (d. h. den ländlichen Heimspinnern und auch Verlegern), einen „ökonomischen und gesellschaftlichen Rückhalt“ und somit „die materielle Voraussetzung für die Verwurzelung und für die Bevölkerungsvermehrung“ gebracht hat. Neue Daseins- und Gemeinschaftsformen sowie volkstümliche Kulturäußerungen in dieser sich langsam ausbildenden Industrielandschaft werden aufgedeckt u. a. im Erbrecht, in der Ehe bzw. Familie, am Lebensstil, an der Entwicklung der Gerechtigkeiten, die mit Haus, Stube, Ofen oder Rauch verknüpft waren, an den Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Heimarbeit, an der Geisteshaltung und Selbsteinschätzung „des industriearbeitenden Landvolks.“

Der zweite Band, der sich einleitend auch mit den Begriffen Industrie, industrielle Revolution, Maschinen- und Fabrikwesen beschäftigt, setzt die Thematik des ersten nun für das 19./20. Jahrhundert fort und untersucht zunächst den sozialen Wandel unter dem Einfluß der Maschinenindustrie bzw. der Fabrik (die Heimarbeit starb erst im 20. Jahrhundert ab). Hier geht es u. a. um die Bewertung der Arbeit an den Maschinen, um neue Betriebsformen und Fabrikordnungen, um Kinder- und Mütterarbeit, um den wirtschaftlich vom Unternehmer völlig abhängigen Fabrikarbeiter, der aber zugleich doch ein politisch mündiger Bürger sein oder werden sollte, und nicht zuletzt um den Fabrikbesitzer. Die letzten Kapitel decken die kulturelle Entwicklung als Folge des Fabrikwesens auf, also z. B. die Trennung von Arbeitsstätte und Wohnung, die Entstehung der Fabrikgemeinde bzw. des Fabrikdorfes, das vielseitige neue Brauchtum, den „Wandel des geistigen und geselligen Lebens“.

Die Untersuchung, die u. a. auf Grund ihrer Darstellung, ihrer Tatsachenfülle und auch der vielen aufgeworfenen Fragen, die noch zu beantworten wären, mit an der Spitze aller Veröffentlichungen, die die Industrialisierung behandeln, steht, führt bis zu den fünfziger Jahren: Jetzt starb verhältnismäßig rasch die alte Tradition ab, weil einheimische Arbeitskräfte fehlten und die nun eingesetzten Ausländer neue Probleme stellten. Über diese jüngste Entwicklung kündigt der Verf. eine Arbeit für die nächste Zukunft an. Nebenbei sei bemerkt: Die verdienstvolle Dissertation Klara Vontobels „Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zur Aufklärung“ (1946, Bd. 2 der von René König herausgegebenen „Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie“) könnte in das Literaturverzeichnis aufgenommen werden. Eberhard Schmieder, Berlin

Karl-Bernhard Netzband, Hans Peter Widmaier: Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923—1925. (Veröffentlichungen der List Gesellschaft e.V. Bd. 32.) Basel u. Tübingen 1964. Kyklos-Verlag u. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IX/286 S.

Das Buch von Karl-Bernhard Netzband und Hans Peter Widmaier über die Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923—1925 ist gerade zur rechten Zeit erschienen, um nicht nur ein dramatisches Stück deutscher Vergangenheit zu analysieren, sondern auch um für unsere aktuelle schwierige Währungs- und Finanzpolitik lehrreich zu sein. Auf diese Bedeutung der Veröffentlichung weist Edgar Salin in seiner Einführung zu dem Buch ausdrücklich hin.

Im ersten Teil der Untersuchung werden die Ursachen der deutschen Inflation der zwanziger Jahre, die Pläne zur Konsolidierung der Währung und die Durchführung der Währungsreform mit der Schaffung der Rentenmark dargestellt. Die Verfasser zeigen, wie sehr persönliche Ambitionen und verschiedene Lehrmeinungen den Weg dieser Rentenmark markiert haben. Sie arbeiten deutlich heraus, daß die Rentenmark aus dem Jahre 1923 mit dem Verzicht auf das Gold als Währungsmetall der erste Ansatz zu einer modernen Währung war, für die die geldtheoretischen Arbeiten von Keynes, Fisher, Spiethoff, Hahn und Schumpeter die Basis gelegt hatten. Unter dieser Rentenmark, die das Werk Luthers war, gelang die wirtschaftliche Stabilisierung im Deutschen Reich. Aber den Intentionen Schachts folgend, gewann die Abneigung gegen diese moderne Währungskonstruktion die Oberhand. Es folgte 1924 die Einführung einer durch Gold und Devisen gedeckten Reichsmark, deren Schöpfer dafür dann die Lorbeeren des Erfolgs in Anspruch nahm, die eigentlich der Rentenmark gebührten.

Die Arbeit von Netzband und Widmaier will klar machen, daß erst durch das Zusammenwirken von Währungs- und Finanzreform der Erfolg gelingen konnte. Deshalb befaßt sich der zweite und sogar umfänglichere Teil des Buches mit der Sanierung der Reichsfinanzen, die mit der Stabilisierung der Währung einherging. Im Mittelpunkt

der Betrachtung stehen die Neuordnung des Reichshaushalts auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite und die Neuordnung des Finanzausgleichs. Es wird geschildert, wie die Tätigkeit einer Regierung des Ausgleichs, die mit der Autorität des Finanzfachmanns *Luther* ausgestattet war, schließlich den Ausschlag dafür gab, daß das Reformwerk trotz der Opfer, die viele tragen mußten, gelang. Das vitale Interesse der Betroffenen an einer Überwindung der Schwierigkeiten trug dazu bei.

Daß die Untersuchung von Netzband und Widmaier der Persönlichkeit und dem Wirken *Luthers* im nachhinein gerecht wird, muß man dankbar begrüßen.

Fritz Abb. Frankfurt

Lutz Hatzfeld: Die Handelsgesellschaft Albert Poensgen, Mael-Düsseldorf. Studien zum Aufstieg der deutschen Stahlrohrindustrie 1850 bis 1872. (Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 11.) Köln 1964. Rhein.-Westfäl. Wirtschaftsarchiv zu Köln. 230 S.

Hatzfeld setzt hier seine aufschlußreiche „Begründung der deutschen Röhrenindustrie durch die Firma Poensgen & Schöller, Mael, 1844 bis 1850“ fort: Er verfolgt den Aufbau der Firma von der Jahrhundertmitte ab bis zu ihrer Fusion mit den Firmen Reinhard Poensgen und H. Smith & Co zur Düsseldorfer Röhren- und Eisenwalzwerke AG (DREW). Dabei entwirft er über eine nur firmenkundliche Darstellung hinaus die Geschichte des Industriezweiges, den Albert Poensgen „als Kaufmann, als Fabrikant und Unternehmer“ geschaffen hat und der von außerordentlicher Bedeutung für die „Ausbildung der industriellen Massengesellschaft in den Großstädten des europäischen Festlandes“ geworden ist. Hatzfeld geht aus von der Zeit um 1850 und behandelt dann die Verlegung des Werkes nach Düsseldorf, die Entwicklung des Betriebes in Oberbilk sowie den Zusammenschluß mit den genannten Firmen. Eine Würdigung A. Poensgens und eine allgemeine Zusammenfassung beenden den ersten Teil des Buches. Zu danken ist dem Verfasser nun aber noch dafür, daß er auf etwa 100 Seiten einschlägige Quellen veröffentlicht hat, die mit Konzessionsakten um 1850 beginnen und u. a. über für die Geschichte der Röhrentechnik wichtige Angaben bis zu sozialgeschichtlichen Belangen hinführen.

Eberhard Schmieder, Berlin

Ragnar Frisch: Maxima and Minima. Theory and Economic Applications. In collaboration with A. Nataf. Dordrecht (Holland) 1966. D. Reidel Publishing Company. XII/176 S.

Das vorliegende Buch — die unveränderte englische Edition der französischen Erstausgabe von 1960 — bietet dem Studenten eine ausgezeichnete Einführung in die mathematischen Denkformen und Darstellungsmethoden der Wirtschaftstheorie und hat den Vorzug, daß es an Hand gut ausgewählter und gründlich kommentierter Beispiele die analytische und praktische Reichweite der Mathematik für

die Wirtschaftsforschung deutlich werden läßt, ohne sie zu überschätzen.

Nach den notwendigen terminologischen und rechnungstechnischen Vorbemerkungen erörtert Frisch die Bedeutung des Minimum-Maximum-Theorems im Hinblick auf die Lineare Programmierung und alle wichtigeren Ableitungen und Anwendungsfälle, namentlich was die Determination der Extremwerte betrifft. Sodann setzt der Autor das für ökonometrische Untersuchungen relevante Instrumentarium zur Bestimmung von Kausal- und Funktionalstrukturen auseinander und läßt hierbei keine Teilfrage aus, um auch dem in dieser Materie weniger Bewanderten einen zureichenden Begriff von Realmodellen, Schätzfunktionen, Vertrauensbereichen usw. zu vermitteln. Viel didaktisches Geschick bekundet der Verfasser bei der verbalen Erklärung der oft recht verwickelten mathematischen Deduktionen, was wohl nicht zuletzt darauf zurückgeführt werden darf, daß dieses Unterrichtswerk aus Vorlesungsaufzeichnungen hervorgegangen ist, die um den Ertrag von Arbeitserfahrungen und Seminardiskussionen in Oslo und Paris vermehrt wurden.

Freilich hat es die deutsche Leserschaft mitunter schwer, der in hohem Maße verdichteten Diktion Frischs auf Anhieb beizukommen, da das mathematisch-statistische Fachvokabular manche sprachgebietliche Differenzierung aufweist, vor der selbst die komplettesten Handwörterbücher versagen müssen. Um so eindrucksvoller ist der Informations- und Verständigungseffekt mathematischer Symbole und Definitionen, doch bleibt dabei immer die Frage offen, ob nicht doch die Art des Denkens mehr durch die Art der gewählten Sprachsignatur beeinflusst wird, als strenge Formalisten dies wahrhaben wollen.

Antonio Montaner, Ludwigshafen

Wilhelm Krelle (Hrsg.): Multiplikator, Gleichgewicht, optimale Wachstumsrate und Standortverteilung. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 42.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 137 S.

Der vorliegende Band enthält Aufsätze, die vor dem Theoretischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1963/64 referiert wurden. Dabei handelt es sich um Beiträge zur Wachstums- und Verteilungstheorie (Erwin *Scheele*, Hans-Jürgen *Vosgerau*, Winfried *Vogt*) auf der einen Seite und zur Standorttheorie (Herbert *Gülicher*) auf der anderen Seite.

Mit seiner über die Hälfte des Bandes einnehmenden Abhandlung „Multiplikator und gleichgewichtige Wachstumsrate bei Disaggregation des Einkommens“ legt *Scheele* ein Modell für gleichgewichtiges Wachstum vor, „in dem das Volkseinkommen in verschiedene Einkommenskategorien aufgespalten ist“. Hier macht der Verfasser auf einen neuen Aspekt in der Verteilungs- und Wachstumstheorie aufmerksam, auf den Umverteilungseffekt der Investitionen. So erhöhen selbst absolut gleichbleibende Investitionen das Volkseinkommen und verbessern gleichzeitig die Verteilung zugunsten der Faktoreinkommen.

Scheele geht dabei in der Weise vor, daß er den Zuwachs an Beschäftigten bei fixiertem Lohnsatz vom Zuwachs zum Kapitalstock abhängig macht, ebenso wie eine Erhöhung des Kapitaleinkommens bei fixiertem Zinssatz. Mit dem Ansteigen dieser beiden Faktoreinkommen wird dann ein steigendes Volkseinkommen funktional verbunden. Mithin erhöhen also absolut gleichbleibende Investitionen das Volkseinkommen. Dies führt gleichzeitig zu einer verbesserten Verteilung für die Kontrakteinkommen, indem mit der Erhöhung des Volkseinkommens bei der gegebenen Investitionssumme praktisch die Spar- bzw. Investitionsquote sinkt. Mit einer niedrigeren Investitionsquote wird natürlich — gegebene Sparneigungen vorausgesetzt — die Verteilung für die Gewinnbezieher verschlechtert. Dies folgt aus der Größenbeziehung der Sparneigungen, die bei den Unternehmern am höchsten ist.

Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß damit die Verteilung letztlich auf Grund der Verteilungsgleichung *Kaldors* bestimmt wird. Eine Veränderung des Verteilungsquotienten bei sinkender Investitionsquote ist dann praktisch von den fixierten Konsumneigungen der Einkommensbezieher abhängig. Damit aber ist lediglich das ausgesagt, „was aus der Gleichung rein formal folgt, womit aber noch keine Erklärung dafür gegeben wird, wie man sich eine solche Einkommensumschichtung in Wirklichkeit vorzustellen hat“ (Ernst *Heuß*: Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie. Tübingen 1965. S. 14).

Der Effekt der zusätzlichen Investitionen bleibt davon natürlich unberührt. Diese bedingen, daß sich die Verteilung für die Unternehmer verbessert, gleichviel ob sie sich vorher positiv oder negativ entwickelt hatte. Sein disaggregiertes Modell baut Scheele dann in die Harrod-Domar-Wachstumstheorie ein und erweitert es darauf noch um den technischen Fortschritt.

Den Ausführungen Scheeles schließt sich die Abhandlung „zur makroökonomischen Theorie des Investitionsoptimums“ von *Vosgerau* an. Dieser Aufsatz stellt die komprimierte Fassung einer schon vorher veröffentlichten Arbeit des Verfassers dar. Hier wird von einem Modell ausgegangen, in dem nur der Faktor Kapital endogen erklärt wird. Dadurch reduziert sich das Problem des optimalen Sozialproduktes auf die Frage „nach dem optimalen Kapitalwachstum oder der optimalen Investition“. Optimal bedeutet hier eine Bestimmung der Investition in der Weise, daß der Konsumnutzen maximiert wird. Da Investition und Volkseinkommen Funktionen des eingesetzten Kapitals sind, ergibt sich hieraus ein Ausdruck, bei dem die Investitionsquote gleich der Produktionselastizität des Kapitals ist, also *v. Weizsäcker's* optimale Investitionsquote. Bei nichtoptimalem Anfangskapitalbestand nähert sich das System jeweils einem optimalen Gleichgewichtspfad an. Diese Anpassungspfade sind allerdings nicht gleichgewichtig, weil hier die Wachstumsraten nicht konstant bleiben können. Folglich können diese Anpassungspfade auch nicht optimal im Sinne einer Konsummaximierung sein. *Vogt* zeigt in seinem anschließenden

Diskussionsbeitrag, daß der Konsum auch bei variablen Wachstumsraten maximiert werden kann, wenn eine konstante und optimale Sparquote unterstellt wird. Schließlich ermittelt *Vosgerau* unter Verwendung gesellschaftlicher Welfare-Funktionen die Kriterien, die beachtet sein müssen, will man von einem nichtoptimalen Ausgangszustand den optimalen Gleichgewichtspfad beschleunigt erreichen.

Methodisch geht *Vosgerau* in der Weise vor, daß er die makroökonomischen Gesamtgrößen jeweils auf die Beschäftigtenzahl bezieht, also Pro-Kopf-Größen verwendet. Dies kompliziert natürlich das ganze System, gleichzeitig aber werden dadurch Dinge deutlicher, die ohne ein solches Vorgehen sicher unerkannt blieben.

Den Band beschließt eine Abhandlung von *Gülicher* über „Einige Eigenschaften optimaler Standorte in Verkehrsnetzen“. Bei dieser Untersuchung geht es um die Fixierung optimaler Standorte von Produktionsstätten, wobei das Verkehrsnetz und die Konsumorte gegeben sind. Soweit Rohstoffe in die Analyse einbezogen werden, sind deren Standorte ebenfalls gegeben. Zur Vereinfachung wird vorwiegend angenommen, die Transportkosten sind entfernungs- und mengenlinear. Mit Hilfe recht einfacher Überlegungen läßt sich hierbei ein Katalog von Aussagen über optimale Standorte ableiten.

Es ist festzuhalten, daß dieser Band nicht immer — mit Ausnahme der Analyse *Gülicher*s — leicht verständlich geschrieben ist, was aber daran liegt, daß die Probleme so komplexer Natur sind. Er enthält dafür jedoch eine Fülle neuer Ideen, die den Aufwand der Lektüre jedem Interessierten lohnend werden lassen.

Manfred Borchert, Princeton

Werner Hofmann (Hrsg.): Sozialökonomische Studentexte. Bd. I: Wert- und Preislehre. Berlin 1964. 379 S.; Bd. II: Einkommens- theorie. Berlin 1965. 318 S.; Bd. III: Theorie der Wirtschaftsent- wicklung. Berlin 1966. 321 S. Duncker & Humblot.

Werner Hofmann hat mit glücklicher Hand die Quellentexte durch eigene Kommentare miteinander verbunden, so daß die drei Bände in sich eine verhältnismäßig große Geschlossenheit aufweisen. Der Leser wird ohne Umschweife an die wichtigsten Quellen hingeführt. Er erhält gleichzeitig die Möglichkeit, das jeweilige Sachproblem in einem größeren Rahmen zu sehen und gleichzeitig in der geschichtlichen Entwicklung zu verfolgen. Auf diese Weise wird das Verständnis für die elementaren Zusammenhänge erheblich erleichtert; gleichzeitig lernt er, die Grenzen theoretischer Einsichten und Aussagen an der historischen Relativität zu erkennen und zu messen. Da es sich nicht um eine personen-, sondern um eine sach- oder problemorientierte Anordnung der Texte handelt, wird der Wert älterer Theorien für die Erkenntnis moderner Zusammenhänge und Probleme deutlich.

Natürlich kann man über die sachliche Gliederung des Grundpro- blems der drei Bände ebenso unterschiedlicher Meinung sein wie über die Auswahl der Autoren und deren Texte. Gerade hierin drückt sich

das Subjektive weit stärker aus als in den verbindenden und interpretierenden Kommentaren des Herausgebers.

Was den Inhalt im einzelnen anlangt, so kann er im Rahmen einer solchen Rezension nur skizziert werden. Im ersten Bande, der die Wert- und Preislehre zum Gegenstand hat, spannt sich der Bogen weit, nämlich von John *Locke* über die Klassiker (Adam *Smith* und David *Ricardo*), *Gossen*, *Marx*, *Menger* bis hin zu *Chamberlin* und *Fellner*. Den „Beschluß“ bildet gleichsam die Wert- und Preislehre in der sozialistischen Planwirtschaft; Hofmann nennt es das Problem des „angewandten Wertgesetzes“. Es handelt sich in erster Linie um einen Beitrag von W. P. *Djatschenko*, ein unter den gegebenen Voraussetzungen dünnes Gebräu, zumal Wert und Preis in einem planwirtschaftlichen System im Grunde so stark denaturiert sind, daß auch dieser Versuch im Grunde recht hilflos wirkt.

Die Einkommenslehre greift auf Nationalökonomien wie William *Petty*, Jean-Jacques *Turgot*, natürlich die englischen Klassiker, auf Henry *George*, Karl *Marx*, Johann Heinrich von *Thünen*, die österreichische Grenznutzenschule und John Bates *Clark* zurück. Unter den noch lebenden Autoren sind Texte von Fritz *Machlup*, Paul Anthony *Samuelson*, John R. *Hicks* bis hin zu Erich *Preiser* ausgesetzt worden. Auch hier sei nur einiges kritisch angemerkt. Vielleicht ist der Studierende etwas überfordert, wenn er bis ins einzelne die Argumente für, namentlich aber gegen die Grenzproduktivitätstheorie in dieser verwirrenden Vielfalt und Breite vorgesetzt bekommt. Hingegen erscheint mir die Kritik an *Marx'* Arbeitswerttheorie zu eng; ein wenig problematisch ist wohl die Überschrift des vierten Teils: „Einkommenslehre aus dem Geiste der Rechtfertigung“. Auch die Klassiker haben doch an Hand ihrer objektiven Wertlehre eine rechtfertigende Antwort auf die Frage nach der Einkommensverteilung zu geben versucht.

Auch die Beiträge zur Theorie der Wirtschaftsentwicklung lassen sich am besten mit Hilfe der Namen von zitierten Nationalökonomien veranschaulichen. Hier stammen die Beiträge, chronologisch geordnet, von Johann Joachim *Becher* und François *Quesnay* über Karl *Marx* bis hin zu John Maynard *Keynes*, Roy Forbes *Harrod*, Evsey D. *Domar* und Robert Merton *Solow*. Natürlich fehlen auch hier die marxistischen oder kommunistischen Erklärungsversuche der wirtschaftlichen Entwicklung nicht. Vielleicht hätte man die Stufentheorie in ihrer alten und neuesten Konzeption (*Rostow*) noch einbeziehen können. Auch hätte ein Vertreter der historischen Schule (eventuell Adolph *Wagner* mit seinem Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit) Platz finden können.

Alle diese im Grunde genommen nicht gravierenden Hinweise kritischer Natur können, wie eingangs erwähnt, den Wert dieser Sammlung von Studententexten keineswegs mindern. Werner Hofmann hat mit großer Umsicht und Kenntnis die Texte ausgewählt und nach Sach Gesichtspunkten geordnet. Natürlich hat die dargebotene Fülle der kommentierten Beiträge auch seine Gefahren, etwa die, daß der Stu-

dierende sich in dem Wald der Zitate verschiedenster Autoren ab und an verirren kann. Doch wird auf jeden Fall ein intensives Studium dem Studenten von großem Vorteil für das Verständnis national-ökonomischer Zusammenhänge sein.

Horst Claus Recktenwald, Erlangen-Nürnberg

Harald Scherf: Untersuchungen zur Theorie der Inflation. (Kieler Studien, Nr. 82.) Tübingen 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 126 S.

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Habilitationsschrift, die 1966 der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel vorgelegt wurde. Vom Verfasser „... wird der bescheidene Versuch unternommen, die theoretischen Bemühungen um eine Erklärung der Preissteigerungen zu sichten, die Fragestellungen zu klären und wichtige Ergebnisse festzuhalten. Die Arbeit gilt fast ausschließlich dem Studium der ‚schleichenden‘ Inflation...“ (S. 1). Entsprechend liegt das Hauptverdienst von Scherf darin, uns in Ergänzung der Überblicke von *A. J. Hagger* (*The Theory of Inflation, A Review*. London und New York 1964) sowie *Martin Bronfenbrenner* und *F. D. Holzmann* (*A Survey of Inflation Theory. The American Economic Review, Papers and Proceedings*. Vol. 53, 1963, S. 593 ff.; abgedruckt in: *Surveys of Economic Theory*, Vol. I, London u. New York 1966, S. 46—107) nun auch eine deutschsprachige Zusammenfassung der Entwicklung der Inflationstheorie seit dem Zweiten Weltkrieg zu bieten. Neben der kritischen Sichtung und Beurteilung der Probleme und Fragestellungen sucht der Verfasser selbst nur durch eine Erweiterung des Modells von *Bombach* (Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums. In: *Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Verhandlungen auf der Tagung in Baden-Baden 7.—10. Oktober 1958. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 15*. Berlin 1959. S. 200 ff.) zur Weiterbildung der Theorie beizutragen (S. 93—108).

Teil I der Arbeit bringt eine Übersicht über die Entwicklung der Theorie der Inflation seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (S. 1—36). Hier finden u. a. Studien von *Keynes*, *Koopmans*, *Smithies*, *Duesenberry*, *Aujac*, *Holzman*, *Turvey*, *B. Hansen*, *Enthoven*, *Ch. Schultze*, *Friedman* und *Cagan* Erwähnung. In Teil II der Arbeit sucht Scherf die „cost-push“ und die „demand-pull“ Inflation voneinander abzugrenzen (S. 37—42). Anschließend folgt an Hand der Literatur eine Diskussion der Bedeutung der Lohnbewegung (S. 43—64) und der Preispolitik der Unternehmungen (S. 65—77) für die schleichende Inflation. In Teil V zeigt Scherf, daß eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik die Preisstabilität nicht sichert (S. 78—105). Abschließend werden in Teil VI einige Faktoren erörtert, die in der offenen Wirtschaft Bedeutung gewinnen (S. 106—112).

Scherfs Arbeit kann wegen ihrer Klarheit und Genauigkeit empfohlen werden. Der Verfasser sieht deutlich, daß die neue ebenso wie

die alte Quantitätstheorie die Inflation nicht hinreichend erklärt. Tatsächlich muß die Theorie der Geldnachfrage zur Begründung der Inflation eine entsprechende Vermehrung des Geldangebots voraussetzen. Gerade die Zunahme des Geldangebots ist aber erklärungsbedürftig. Hier gibt uns jedoch auch Scherf keinen Hinweis darauf, warum „... realiter das Geldangebot so elastisch (ist), daß die Nachfrage sich das Angebot selbst zu schaffen scheint“. Ganz abgesehen davon wäre auch zu prüfen, ob diese Behauptung überhaupt zutrifft und es sich nicht vielmehr um eine ex post für jede Inflation richtige Beziehung handelt.

Die Erörterung der verschiedenen Theorien legt den Schluß nahe, daß der Verfasser die das reale Sozialprodukt übersteigenden Ansprüche der verschiedenen Gruppen für die wesentliche Ursache der schleichenden Inflation hält. Nun ist es klar, daß eine bei gegebenen Preisen das Gesamtangebot übersteigende Gesamtnachfrage ebenso wie eine Zunahme des Geldangebots (falls das Warenangebot nicht zurückgeht) als notwendige Bedingung für eine Inflation aufgefaßt werden kann. Damit bleibt aber immer noch zu klären, ob und weshalb diejenigen, deren zusätzliche Ansprüche diese Überschußnachfrage herbeiführen, auch das Geldangebot durch eine Beeinflussung der staatlichen Stellen kontrollieren können.

Überraschend ist auch, daß Scherf die Theorien, die die Inflation mit Hilfe der Überschußnachfrage nach Waren zu erklären suchen, weniger als die neue Quantitätstheorie kritisiert. Nach den Arbeiten von *Patinkin* (vgl. insbesondere *Money, Interest and Prices*. New York 1965) — die der Verfasser nicht erwähnt — dürfte feststehen, daß Warennachfrage und Geldnachfrage eng verknüpft sind und während einer Inflation beide wesentlich durch den „real balance“- bzw. „real wealth“-Effekt beeinflußt werden. Sehen wir einmal vom Arbeitsmarkt ab, so wird sich nach dem Gesetz von *Walras* eine Überschußnachfrage auf den Waren- und Forderungsmärkten auf dem Geldmarkt als Überschußangebot bemerkbar machen. Soll es sich bei der daraus folgenden Erhöhung des Preisniveaus nicht um eine einmalige Angelegenheit handeln, was bei einer schleichenden Inflation ausgeschlossen ist, so muß offenbar das Geldangebot ständig erhöht werden. Insbesondere aber zeigt die vorausgegangene Überlegung, daß sich Überschußnachfragetheorie der Inflation und neue Quantitätstheorie durchaus nicht zu widersprechen brauchen, ja einander sogar in gewissem Maße bedingen.

Ähnliches läßt sich auch für die Erörterung der Inflationsprobleme einer offenen Wirtschaft durch den Verfasser sagen. Eine durch Leistungsbilanzüberschüsse bedingte Überschußnachfrage nach Waren im Inland bringt gleichzeitig ein Überschußangebot an Geld hervor (wir nehmen an, daß die übrigen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz außer der Devisenbilanz im Gleichgewicht sind). Folglich ist es irreführend zu sagen: „In unserer Darstellung erhält die Zunahme der inländischen Geldmenge nicht diese wesentliche Rolle. Für uns sind es vor

allem die Güter- und Dienstleistungsströme, die durch die unterschiedliche Preisentwicklung im Ausland und Inland hervorgerufen werden und die Inflation auf das Inland übertragen. Die Geldmengenerhöhung im Inland ist dabei nur ein Vehikel, das möglicherweise die Inflationsübertragung erleichtert“ (S. 111). Wie *Kemp* (The Pure Theory of International Trade. Englewood Cliffs [N. J.] 1964. S. 221 ff.) gezeigt hat, ist es gerade die durch den Devisenumtausch hervorgerufene Zunahme der realen Kassenhaltung, die die Überschußnachfrage nach Waren und die Erhöhung des Preisniveaus herbeiführt.

Die Vernachlässigung der angegebenen Zusammenhänge hat jedoch noch ernstere Folgen für die Aussagefähigkeit der von Scherf zur Erklärung der schleichenden Inflation in einer offenen Wirtschaft entwickelten erweiterten Fassung des *Bombachschen* Modells. Es ist gar nicht zutreffend, daß ein bei Vollbeschäftigung auftretender Leistungsbilanzüberschuß immer zu einer Überschußnachfrage nach Waren und damit zu Preiserhöhungen im Inland führen muß. Nehmen wir z. B. an, der Leistungsbilanzüberschuß sei durch einen vorausgegangenen Nettokapitalexport, der zu einer Erhöhung der ausländischen Nachfrage für Inlandswaren führte, hervorgerufen worden. Dann muß die inländische Nachfrage nach Forderungen zu- und (oder) das inländische Angebot an Forderungen abgenommen haben und die inländische Warennachfrage entsprechend zurückgegangen sein. Setzt man voraus, daß vom Ausland zusätzlich kein größerer Betrag als der Kapitalexport für den Kauf inländischer Waren verwendet wird, so kommt es folglich trotz des Leistungsüberschusses nicht zu einer Überschußnachfrage nach Waren und damit zu Preiserhöhungen im Inland. Eine schleichende Inflation ist ausgeschlossen.

Peter Bernholz, Berlin

Heinz Haller: Das Problem der Geldwertstabilität. Eine zugleich in volkswirtschaftliches Denken einführende Untersuchung. Stuttgart 1966. W. Kohlhammer. 170 S.

Im Mittelpunkt dieses Buches stehen zunächst zweifellos die Bedingungen, unter denen nach Haller das dominierende Wirtschaftsproblem der hochentwickelten Industrieländer in unserer Zeit gelöst werden kann: Die Erhaltung des Geldwertes, ohne daß dabei die Ziele der Vollbeschäftigung und eines befriedigenden Wirtschaftswachstums gefährdet werden. Folgende Bedingungen werden herausgearbeitet: 1. Vierteljährliche, am durchschnittlichen realen Wachstum orientierte Lohnerhöhungen verringern den time-lag zwischen Ausdehnung der Produktionskapazität und der (richtig dosierten) Nachfrageerhöhung von seiten der Arbeitnehmer auf ein praktisch realisierbares Minimum. 2. Das Gesamtpreisniveau kann nur stabil gehalten werden, wenn die Preise in den Sektoren mit überdurchschnittlichem Wachstum gesenkt werden. Da Haller nicht an einen entsprechenden Erfolg der Wettbewerbspolitik glaubt und die Überlegung, öffentliche Betriebe könnten als Preisbrecher fungieren, aus vielerlei Gründen kaum

einen Ausweg verspricht, bleiben solche Preissenkungen allerdings weitgehend vom guten Willen der Unternehmer abhängig. 3. Die Ausgabendisziplin der Unternehmer, generell: die „richtige“ Nachfrage nach Produktionsmitteln, wird durch den Einsatz der Geldpolitik gesichert, die ihrerseits wieder durch die Finanzpolitik unterstützt werden muß. 4. Diese Stabilisierungspolitik im Innern muß durch entsprechende Maßnahmen gegen Störungen von außen abgesichert sein.

Haller zeigt mit aller Deutlichkeit, daß unter diesen Voraussetzungen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung die Preisstabilität dauerhaft nur durch eine freiwillige Unterordnung der Lohnpolitik der Tarifpartner und der Preispolitik der Unternehmer unter diese gesamtwirtschaftliche Zielsetzung realisiert werden kann. Die Stabilität des Preisniveaus setzt somit in unserer Zeit der „pluralistischen“ Gesellschaft einen neuen *Contrat social* voraus. Damit ist die Geldwertstabilität nicht mehr länger ein rein wirtschaftspolitisches Problem; zur Lösung dieser Frage gibt es auf dem Gebiete der interdisziplinären Forschung noch viel zu leisten. Für den Ökonomen bleibt allerdings vorerst noch das beklemmende Gefühl, daß eine solche freiwillige Abstimmung der Einzelinteressen bestenfalls wohl nur ein sehr labiles Gleichgewicht garantieren kann. Die Alternative einer Wirtschaft, die schließlich weitgehend der staatlichen Lenkung unterworfen wird, steht unmittelbar neben diesem Konzept, zumindest beim gegenwärtigen Stand der Diskussion.

Aus wenigen Prämissen heraus wird in diesem Buch in klarer, systematischer Beweisführung Schritt für Schritt ein Gedankengebäude errichtet, das man kaum hinter dem schmalen Band vermutet. Kurz: Diese Publikation ist ein echter Haller! Ob allerdings die im Untertitel angedeutete Absicht erreicht und ein breiterer, nicht wirtschaftswissenschaftlich vorgebildeter Leserkreis angesprochen wird, wagen wir angesichts der Fülle der angeschnittenen Probleme — es fehlt beispielsweise nicht einmal ein Hinweis auf den Inhalt des Haavelmo-Theorems — zu bezweifeln. (Eine „Testperson“ hat diesen Eindruck bestätigt. Leider finden sich gerade in dem für den Außenstehenden wohl besonders schwierigen, weil völlig abstrakt gehaltenen Kapitel über Fragen des Wirtschaftswachstums in den Gleichungen auf S. 23 störende Druckfehler.)

Otmar Issing, Nürnberg

L. Albert Hahn: The Economics of Illusion. A Critical Analysis of Contemporary Economic Theory and Policy. New York 1949. (1967 Vertrieb J. C. B. Mohr [Siebeck]. Tübingen.) VIII/273 S.

Die Übernahme des Vertriebs in Deutschland durch einen deutschen Verlag im Jahre 1967 rechtfertigt eine Rezension nach so vielen Jahren seit dem ersten Erscheinen des Buches. Die Zusammenstellung von 16 Artikeln des Verfassers, die in ihrer Mehrzahl während der Kriegsjahre oder unmittelbar danach in ausländischen Periodica erschienen und daher auch bei uns nicht allzu bekannt sind, verfolgt den Zweck, Hahn als Kritiker der Keynes'schen Lehre dem anglo-

amerikanischen Leserkreis näherzubringen. Daß Hahn mit seinen Gedanken nicht auf allgemeine Gegenliebe stößt, beweisen die vorliegenden amerikanischen Rezensionen (M. J. Bonn, in: *The Ec. Journal*, Vol. LX, 1950, S. 368 ff., und Robert L. Bishop, in: *The Americ. Ec. Revue*, Vol. XLI, 1951, S. 441 ff.). Hahns Anliegen ist es, vor der Überschätzung des Keynesianismus zu warnen, die Leichtfertigkeit anzuprangern, mit der Keynes' Schüler in ihm den Generalschlüssel zur Lösung aller Probleme sehen. Er weist auf die Einseitigkeit, die schwachen Stellen Keynesscher Überlegungen hin und geht schließlich so weit, dem Keynesianismus jede Nützlichkeit für die Lösung praktischer Wirtschaftsprobleme abzusprechen (S. 233). Gerade weil sie durch die einseitige Keynessche Theorie beeinflusst sei, spricht er der jüngeren Generation die Fähigkeit ab, mit einer wiederkehrenden Depression fertig zu werden.

Was immer man auch dieser harten Keynes-Kritik Positives entnehmen kann, es verbleibt das Gefühl, der Verfasser habe nicht nur objektive Gegenargumente: Die Feststellung „alles was Keynes falsch und übertreibend sagt, habe ich selbst schon früher und weit deutlicher klargelegt“ (S. 7), die sicher berechnete Klage, nicht zitiert zu werden (S. 226), hätten von dritter Seite besser vorgebracht werden können. Gewiß teilt Hahn hier mit anderen vor allem deutschen Nationalökonomem das gleiche Schicksal, über das mit Brillanz im rechten Zeitpunkt geschriebene Werk Keynes' in den Hintergrund getreten zu sein. Die Bedeutung dieser „Vorläufer“ hat die jüngere Dogmengeschichte nicht übersehen, soweit diese dann zu großen Kritikern der Keynesschen Gedanken wurden, braucht dies nicht aus „Eitelkeit“ (M. J. Bonn) geschehen zu sein — selbst wenn es hier und dort den Anschein hat.

Hahn schreibt nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als langjähriger Praktiker; auch von dieser Seite muß sein Engagement gesehen werden.

Harald Winkel, Mainz

Wilhelm Krelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich input-output-Analyse mit Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland. Zweite, verb. Auflage. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 237 S.

Das im Jahre 1959 erstmalig erschienene Werk „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich input-output-Analyse mit Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland“ war bereits seit einiger Zeit vergriffen. Nun ist es erfreulicherweise in einer zweiten, wesentlich erweiterten und verbesserten Auflage veröffentlicht worden.

Sowohl die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im allgemeinen als auch die input-output-Analyse im besonderen wurden seit 1959 weiter ausgebaut, und zwar nicht nur in methodischer Hinsicht, sondern auch was die Berechnungspraxis anbetrifft. Man schuldet dem Verfasser Dank dafür, daß er sich der Mühe unterzogen hat, die neue Auflage so umzuarbeiten und zu ergänzen, daß sie nun wiederum einen um-

fassenden Überblick über den neuesten Stand dieses wichtigen Gebietes vermittelt.

Krelle ist mit der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland von Anfang an eng vertraut, wurde doch von einer von ihm geleiteten Forschungsgruppe für das Jahr 1953 die erste ausführliche input-output-Tabelle in der Bundesrepublik aufgestellt. Diese Tabelle ist mit den entsprechenden Erläuterungen auch in der neuen Auflage — im 7. Kapitel — enthalten. Daneben findet der Leser auf den Seiten 206 bis 213 allerdings auch Hinweise auf mehrere andere für die Bundesrepublik aufgestellte input-output-Tabellen.

Neu eingefügt wurde das 4. Kapitel, das sich mit der Vermögensrechnung beschäftigt. Da die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bisher üblicherweise nur Stromgrößen enthielt, liegt eine Vervollständigung durch die Bestandsgrößen der Volksvermögensrechnung nahe. Vom Verfasser werden zunächst die grundsätzlichen Probleme der Vermögensrechnung besprochen; anschließend zeigt er an Hand einiger Tabellen im einzelnen, wie die Vermögensrechnung aufgebaut werden kann. Auch wenn man sich der sich in diesem Zusammenhang ergebenden schwierigen Bewertungsprobleme bewußt ist, wird man doch der Feststellung des Verfassers zustimmen müssen, es sei „ein dringendes Erfordernis einer rationalen Vermögenspolitik, solche Vermögenstabellen ebenso laufend erstellen zu lassen wie die Sozialprodukts- und Transfertabellen“ (S. 128).

Im 5. Kapitel, in dem Möglichkeiten der Auswertung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erläutert werden, bleibt der Verfasser nicht bei den bekannten *Leontief*-Systemen stehen, sondern gibt interessante Anregungen für künftige Ansätze. So trägt er den gewiß ehrgeizigen Plan vor, unter Einfügung der Konsumfunktion ein „allgemeines dynamisches Modell“ zu entwickeln, das dann zu wirklichkeitsnäheren Extrapolationen verwendet und somit zu einer echten Hilfe für die Wirtschaftspolitik werden könnte. Da durch die weitere Erhöhung von Speicherkapazitäten und Rechengeschwindigkeiten elektronischer Datenverarbeitungsanlagen auch die praktische Durchrechnung weit komplizierterer Modelle als bisher in den Bereich des Möglichen rückt, dürfte ein solcher Plan — nach Schaffung der hierfür erforderlich erscheinenden organisatorischen Voraussetzungen — sicherlich realisierbar sein.

Obwohl Krelle den Leser bis an die Grenzen der heutigen Forschung heranführt, ist sein Buch doch so allgemeinverständlich gehalten, daß es sich als Lektüre für den Studenten gut eignet: Wie schon in der ersten Auflage wird — didaktisch recht geschickt — das Instrumentale der Volkswirtschaftlichen Kreislauftheorie bereits geschlossen im 1. Kapitel abgehandelt. Dem Anfänger wird so das Eindringen in die grundlegenden Gedankengänge der Makroökonomie und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung relativ einfach gemacht. Im 2. Kapitel folgen dann unter Anwendung der bereits vermittelten Grundkenntnisse Ausführungen über die Kreislaufschemata

von *Quesnay* und *Marx* sowie über wichtige makroökonomische Grundgleichungen, wie sie sich unmittelbar aus den modernen Kreislaufschemata ableiten lassen. Erst das 3. Kapitel ist der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung selbst gewidmet, wobei insbesondere die Berechnungspraxis des Statistischen Bundesamtes beschrieben wird. Der Bequemlichkeit des Studenten dienen die am Schluß des Buches auf den Seiten 213 bis 219 angefügten Tabellen, die die Entwicklung einiger wichtiger gesamtwirtschaftlicher Größen in der Bundesrepublik wiedergeben. Eine ausführliche Bibliographie sowie Namen- und Sachregister schließen das Werk ab.

Das Buch stellt nicht nur eine anregende Lektüre für den Wissenschaftler dar, sondern kann ebenso dem Studenten als Einführung empfohlen werden. Ohne Zweifel wird auch die zweite Auflage von Krelles „Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung“ guten Anklang und weite Verbreitung finden.

Josef Bleymüller, Münster/Westf.

James G. March (Hrsg.): *Handbook of Organization*. Chicago 1965. Rand McNally & Company. 1247 S.

Das vorliegende Sammelwerk versteht sich als Meilenstein auf dem Wege zu einer umfassenden Theorie über die Organisation von sozialen Gebilden. „We wish to summarize and report the present state of knowledge about human organizations“, schreibt der Herausgeber einleitend. In der Tat, es ist eine großangelegte Rückschau und Übersicht über den empirisch-behavioristischen Ansatz, wie er vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Forschungsobjekt Organisation gepflegt wird. Zwar gibt es in diesem Band auch Ausnahmen von diesem grundsätzlich akzeptierten Stil der Organisationsforschung. Da wäre in erster Linie der ausgezeichnete Survey-Artikel von *Thomas A. Marschak* zu nennen: *Economic Theories of Organization*. In vorbildlicher Weise resümiert Marschak hier den Beitrag der Wirtschaftswissenschaften zur Organisationstheorie. Er kennzeichnet das Wettbewerbsmodell als eines der ersten und als eines der beständigen Organisationsmodelle, interpretiert unter diesem Gesichtspunkt die mathematischen Verfeinerungen und Existenzbeweise (*Debreu, Arrow*) und geht dann auf den Entwurf weniger dezentralisierter Organisationsmodelle ein (*Hurwicz*), an dem er selbst in hervorragender Weise mitgewirkt hat. Im allgemeinen bleiben die Beiträge jedoch eher jenem Ansatz verbunden, wie er uns für die amerikanische Organisationstheorie typisch erscheint und wie er sehr eindringlich etwa in dem Beitrag von *Cohen* und *Cyert* (*Simulation of Organizational Behavior*) zum Ausdruck kommt. Diese beiden Autoren arbeiten am Carnegie Institute of Technology, der Hochburg jener behavioristischen Forschungsrichtung, wie sie sich bis in die Arbeiten von *David McClelland* und *Everett Hagen* verfolgen läßt. Auch der Herausgeber, *James G. March*, kommt aus dieser Schule des Carnegie Tech um *Herbert A. Simon*, und so nimmt es nicht wunder, daß der weitaus größte Teil der insgesamt 28 Beiträge des Sammelwerkes

dieser Denkrichtung verbunden ist. Es würde zu weit führen, diese Beiträge einzeln anzusprechen. Sie sind durchweg von kompetenten Autoren verfaßt und vermitteln konzentrierte Information und Übersicht über das Erreichte. Kennzeichnung durch ihre Titel mag hier genügen: Im ersten Kapitel „Grundlagen“ finden wir: Influence, Leadership, Control; Decision Making und Problem Solving; Small Groups and Large Organizations; Social Structure and Organizations. Das zweite Kapitel „Methoden“ bringt: Laboratory Experimentation with Organizations; Field Method in the Study of Organizations; Simulation of Organizational Behavior; Mathematics and Organization Theory. Das dritte Kapitel liefert die organisationstheoretische Analyse verschiedener sozialwissenschaftlicher Forschungszweige: Management Theory; Economic Theories of Organization; Organizational Growth and Development; Communications in Organizations; Interpersonal Relations in Organizations; Organizational Decision Making; Organizational Control Structure; The Comparative Analysis of Organizations. Im nächsten Kapitel werden die Organisationsformen folgender Einrichtungen untersucht: Gewerkschaften, Parteien, öffentliche Verwaltungen, Militärorganisationen, Krankenhäuser, Schulen, Gefängnisse und Unternehmungen. Im letzten Kapitel „Anwendungen“ finden wir schließlich: Changing Interpersonal and Inter-group Relationships in Organizations; Applied Organizational Change in Industry; Organization Design and Systems Analysis.

Werner Meißner, Darmstadt

Hans-Günter Krüsselberg: Organisationstheorie, Theorie der Unternehmung und Oligopol. Materialien zu einer sozialökonomischen Theorie der Unternehmung. (Volkswirtschaftliche Schriften. Heft 86.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 217 S.

Wie der Untertitel bestätigt, handelt es sich bei diesem Buch vor allem darum, eine neuartige Theorie der Unternehmung zu entwickeln, d. h. die sozialökonomische Bedeutung der Unternehmung hervorzuheben. Im Anschluß an Herbert von Beckerath betont der Verf. (S. 13 f.), „daß sich als historisches Phänomen eine Unternehmensform herausgeschält hat, die ein weitgehend 'selbständiges Innenleben aufweist, dessen Ausstrahlungen auf die Volkswirtschaft von seiten der Nationalökonomien zu berücksichtigen sind“. Dabei kommt es ihm vor allem auf die „Zielstruktur“ an, zu deren Klärung er einige „Spezialkomplexe“ als besonders wichtig hervorhebt: „das Phänomen der Ungewißheit, die Umweltbezogenheit der Entscheidungen und die Bedeutung des Gewinnes als Zielkriterium der unternehmerischen Verhaltensweise“ (S. 32). Er bezieht dabei amerikanische Wissenschaftler wie Kenneth Boulding und Baumol in seine Untersuchung ein, dessen „Unternehmensmodell“ in einem besonderen Abschnitt (S. 172 ff.) ausführlicher behandelt wird; dieser Abschnitt bietet „die gedankliche Klammer für die hier vorgeführten Teilstudien zur Theorie der Unternehmung“ (S. 39). Daneben stellt

der Verf. u. a. John Maurice *Clarks* „Entwurf einer dynamischen Wettbewerbstheorie“ als „Rahmenwerk für die Theorie der Großunternehmung“ (S. 24 ff.), auf die es ihm vor allem ankommt; ferner hebt er die Arbeiten von Andreas *Papandreou* hervor, „der den ersten großangelegten Versuch unternahm, die Theorie der Unternehmung auf eine breitere Basis zu stellen als bisher“ (S. 37). Diese Feststellungen sind wesentlich für den ersten, einleitenden Teil der Schrift: „Über die Problemstellung der Arbeit.“ In den drei Hauptabschnitten behandelt dann der Verf. das „Organisationssystem der Unternehmung“, den „Dispositionsbereich der Unternehmung“ und „Großunternehmung und Oligopol“.

Hier steht dann, wie schon erwähnt, die Großunternehmung im Vordergrund, wobei der Verf. einleitend auf die arbeitsteilige Ordnung als einen Grundtatbestand der Großunternehmung hinweist (S. 41). Um die Unternehmung als Organisation zu verstehen, ist es ihm besonders wichtig, zu prüfen, „welche Faktoren in den Entscheidungsprozeß der Unternehmung hineinwirken“ (S. 46); das gibt ihm Anlaß, das „interne System“ der Unternehmung in dem Abschnitt „Das Organisationssystem der Unternehmung“ (S. 41—97) genauer zu analysieren. Hierbei behandelt er u. a. als zwei „zentrale Probleme der Nationalökonomie“ (S. 61) das Problem rationaler Entscheidung und das Problem der Ko-Existenz von großen, mittleren und kleinen Unternehmungen mit sehr unterschiedlicher Ertragskraft. Dabei spielt verständlicherweise eine große Rolle das Planmoment in der Unternehmung (S. 70 ff.) und das Prinzip zunehmenden Risikos (S. 76 ff.); im Zusammenhang mit der zu plauenden Expansion wird dann auch die „Dispositionsstruktur“ näher untersucht (S. 88 ff.). Eine eingehende Darstellung erfährt dieses Thema in dem Abschnitt „Der Dispositionsbereich der Unternehmung“ (S. 98—170), beginnend mit Ausführungen über die Unternehmensleitung; hier wird der Unternehmerbegriff in der Auseinandersetzung mit zahlreichen Fachleuten eingehend diskutiert, wobei der Verf. noch besonders auf die „soziale Verantwortung“ des Unternehmers hinweist (S. 110). Für die „Ziele der Unternehmung“ (S. 112—122) erweisen sich dann als bedeutsam die Anpassungsfähigkeit der Unternehmung und die Liquiditäts- und Finanzierungsproblematik in der Unternehmung und schließlich das Preisverhalten und das Investitionsverhalten der Unternehmung, Begriffe, die in den folgenden Kapiteln eingehend dargestellt werden und denen sich das Problem der „optimalen Unternehmensgröße“ (S. 166 ff.) anschließt.

An Hand des „Baumolschen Unternehmensmodells“ (S. 172) werden dann aktuelle Probleme einer „Theorie der Mehr-Produkt-Unternehmung“ untersucht, womit der Abschnitt „Großunternehmung und Oligopol“ (S. 171—201) eingeleitet wird. Hier wird u. a. auch den Fragen der Gewinnmaximierung und der Umsatzmaximierung nachgegangen und zuletzt „die Beziehungen zwischen den Unternehmungen“ (S. 187—201) behandelt, um zu klären, „wie sich für eine Großunternehmung die Beziehungen zu ihren Konkurrenten gestal-

ten“ (S. 187); in diesem Zusammenhang tritt das „Oligopolproblem“ in den Vordergrund, besonders auch das Problem der „Führerschaft“ in der Preis-, Markt- und Produktionspolitik.

Wie der Verf. in seiner „Vorbemerkung“ (S. 9) betont, lag ihm vor allem daran, „eine Art Bestandsaufnahme der Momente anzustreben, die nicht unmittelbar in den bestehenden Rahmen vor allem der Theorie der Unternehmung passen, dennoch aber offensichtliche Bedeutung für das aktuelle Verhalten besitzen“. Anders ausgedrückt, handelt es sich um einen Versuch, die Unterlagen zu einer neuartigen Theorie der Volkswirtschaft zu gewinnen — „die Anwendung des modernen Instrumentariums der Nationalökonomie“ zu ermöglichen. Man darf sicherlich dem Verf. darin beistimmen, daß solche Bemühungen heutzutage notwendig und nützlich sind, und somit seine Darstellung als einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema bezeichnen.

Peter Quante, Kiel

Max Gerster: Die Bewertung von Vermögenskomplexen — insbesondere die Bestimmung des Volksvermögens. Zürich-St. Gallen 1964. Polygraphischer Verlag. XIX/215 S.

Mit der Bewertung großer Vermögenskomplexe im allgemeinen und der des Volksvermögens im besonderen beschäftigte sich die Nationalökonomie — allerdings mit wechselnder Intensität — schon seit Jahrhunderten. So unternahm William Petty schon 1665 den Versuch einer umfassenden Schätzung des englischen Volksvermögens. Trotzdem ist die methodische Seite des Problemkreises bis heute keineswegs befriedigend gelöst. Außerdem stehen zahlreiche Autoren der Frage, ob die Konzeption von Volksvermögensrechnungen überhaupt sinnvoll und nützlich sei, mit äußerster Skepsis gegenüber.

Trotz dieser Tatsachen wird man dem Verfasser die Anerkennung nicht versagen dürfen, da es ihm in seiner Arbeit gelungen ist, den gegenwärtigen Stand der Diskussion objektiv und ausgewogen darzustellen. Er hat sich dabei ein kritisches Urteil bewahrt: Es wird beispielsweise wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gesamtgröße des Volksvermögens nur für Vergleichszwecke interessant sei und daß deshalb der wertmäßigen Darstellung der einzelnen Vermögensteile und ihres Verhältnisses zueinander wesentlich größere Bedeutung zukomme.

Bei der statistischen Ermittlung des Wertes von Vermögenskomplexen sind zwei Schritte notwendig: Die Vermögensbestandteile sind zunächst mengenmäßig zu erfassen und daran anschließend zu bewerten. Die Gliederung des Buches folgt dieser sich anbietenden klaren Reihenfolge allerdings nicht, sondern es werden nach der Einleitung (S. 1—22) im 2. Kapitel (S. 23—73) zunächst die — zugegebenermaßen besonders schwierigen — Bewertungsprobleme erörtert. Es zeigt sich hier wieder einmal in aller Deutlichkeit, daß keiner der üblichen Bewertungsmaßstäbe — nämlich Ertragswert, Marktpreis und Kostenwert — voll zu überzeugen vermag. Der Feststellung des

Verfassers, daß die endgültigen Ergebnisse „eher illustrativ als präzise“ und „Fehlergrenzen bis zu 50 % und mehr ... offenbar die Regel“ sind (S. 35), ist deshalb voll zuzustimmen.

Das folgende Kapitel (S. 74—139) behandelt in aller Breite den Umfang und die Gliederung des Volksvermögens. Die schon seit jeher umstrittene Frage, ob zum Volksvermögen neben den Produktionsfaktoren Boden und Kapital auch die Arbeit zu rechnen sei, wird vom Verfasser zwar bejaht, ohne daß er aber befriedigende und praktikable Erfassungs- und Bewertungsmöglichkeiten für die „menschliche Leistungsfähigkeit“ anbieten könnte. Auch das 4. Kapitel (S. 140 bis 160) enthält — wie schon das 3. Kapitel — Ausführungen über die Abgrenzung und Bewertung einzelner Bestandteile des Volksvermögens; nur wird hier nicht in der Gliederung nach Produktionsfaktoren, sondern nach den Wirtschaftssektoren Staat, Haushalte und Unternehmen vorgegangen.

Das 5. Kapitel (S. 161—213) beschäftigt sich mit der eigentlichen statistischen Erfassung des Volksvermögens und seiner Teile, wobei vier verschiedene bekannte Erfassungstechniken beschrieben werden, die vom Verfasser als 1. „Inventarisierungsmethode“, 2. „Erbschaftsmethode“, 3. „Erfassung aufgrund der Eigentumsbeziehungen“ und 4. „Laufende Inventarisierungsmethode“ bezeichnet werden. Da die Formulierungen hier die sonst gewohnte Treffsicherheit teilweise vermissen lassen, zeichnen sich Wesen, Unterschiede sowie Vor- und Nachteile der einzelnen Methoden nicht durchweg mit der wünschenswerten Klarheit ab.

Sicherlich war es nicht die Aufgabe der vorliegenden Arbeit, das Problem der Volksvermögensrechnung einer endgültigen Lösung zuzuführen, sondern vielmehr einen weitgespannten Überblick über den gegenwärtigen Stand dieses Wissensgebietes zu geben. Dieses Ziel wurde zweifellos erreicht, so daß das Buch dem an den Fragen der Volksvermögensrechnung Interessierten als Informationsquelle durchaus empfohlen werden kann. Josef Bleymüller, Münster/Westf.

Haruo Naniwada: Der Weg zur Wirtschaft. Grundlegung zur Politischen Ökonomie. Tokyo 1964. Verein für Wirtschaftswissenschaften. 105 S.

Es ist erstaunlich, wie gründlich sich der Verfasser in den Geist der modernen europäisch-amerikanischen Wirtschaftsentwicklung vertieft und sich mit ihrem Sinn vertraut gemacht hat. Der größere Teil der interessanten, nach dialektischer Methode erfolgenden Darstellung ist der durch die englischen Klassiker ideologisch begründeten freien, kapitalistischen Marktwirtschaft gewidmet. Der Verfasser zeigt, daß diese Wirtschaftsform sich, wie *Smith* und *Ricardo* vorausgesagt hatten, infolge ihrer ungleichen Startbedingungen und anderer Disproportionalitäten nicht selbst steuern konnte. Die Wirtschaft mußte „um ihres eigenen Fortbestehens willen den positiven Eingriff des Staates fordern“ (S. 62). Der politische bzw. wirtschaftspolitische Staat tendiert

aber zum totalitären Staat. Der Individualismus schlägt in Kollektivismus um. Im Sinne des Buddhismus schließt der Verfasser diese Betrachtung: „Kein Seiendes ist svabhava. Sein Seinsgrund findet sich nicht in sich selbst, sondern in seinem Gegensätzlichen. Es ist also nicht imstande, von sich selbst zu sein. Es kann also nicht umhin, sich selbst zu verneinen und sich ins andere, gegensätzliche zu wandeln. Die Demokratie, welche sich selbst behauptet, geht folglich zugrunde“ (S. 66). Der autoritäre Kollektivismus sucht sich in der Form des Marxismus und Faschismus seine neue politische und wirtschaftspolitische Gestalt.

Doch auch die kollektivistische, staatlich geregelte Wirtschaft ist, wie der Verfasser im IV. Kapitel zeigt, auf die Dauer nicht funktionsfähig. Die Entwicklung vollzieht sich ähnlich wie in der freien, kapitalistischen Marktwirtschaft. „Auch im Sozialismus schreitet die produktive Technik mit der wirtschaftlichen Entwicklung fort, und dieser technische Fortschritt bringt notwendigerweise die Erhöhung der ‚organischen Zusammensetzung des Kapitals‘, nämlich des Verhältnisses des konstanten Kapitals zum variablen, mit sich. Die notwendige Folge dieser Erhöhung ist zuerst die relative Verminderung der den Arbeitern bezahlten Lohnsumme und dadurch die relative Verarmung der Arbeiter im Ganzen“ (S. 82).

Die Diktatur ist nur „eine Erscheinung der dialektischen Geschichtsentwicklung. Die Geschichte entwickelt sich ohne Ende. Alle ihre Stufen müssen unvermeidlich irgendeinmal verneint werden“ (S. 84). Das System der Unfreiheit muß einem Prozeß der Liberalisierung weichen.

Sowohl die individualistisch-kapitalistische Wirtschaft als auch die sozialistisch-zentralistische Ökonomie sind durch ihren Gegensatz miteinander verbunden. Jede hat „die Neigung, zur anderen überzugehen“ (S. 89). In keinem Falle aber ist die Funktionsfähigkeit gewährleistet. Diese ist logischerweise erst in einem System (wenigstens im Ansatz) gegeben, in welchem die Mängel jener beiden Ordnungen beseitigt sind.

Die westliche, europäisch-amerikanische Wirtschaftsentwicklung hat denn auch einen Weg genommen, auf dem sich „die Vorzüge des Kapitalismus“ (Privateigentum, Marktmechanismus und freie Initiative) mit den Vorzügen des zentralistischen Sozialismus (normative Bindung und staatliche Planung) miteinander verbinden. So ist es zu einer „Mittelwegwirtschaft oder zu einer gemischten Wirtschaft“ gekommen. Sie hat, je nach der Staatsverfassung, verschiedene Formen (Soziale Marktwirtschaft, Economie dirigée, Welfare Economy).

Neoliberalismus und Neosozialismus sind die aus dieser Entwicklung hervorgegangenen neuen Ideologien. Ihnen beiden ist, wenn auch mit unterschiedlichem Akzent, an der philosophischen und politischen Begründung einer sozialökonomischen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit gelegen. Ein gesundes Wirtschaftsleben beruht, wie die Erfahrung lehrt, auf der Moral.

„Die Wirtschaft kommt nur dadurch zu sich selbst, daß sie über sich selbst hinausgeht“ (S. 103). „Dann ist die Wirtschaft schon nicht die Wirtschaft. Eben deshalb ist sie aber die wahre Wirtschaft.“

Diese Sätze mögen dem flüchtigen Leser widersinnig erscheinen. Der Verfasser will aber gerade durch solche Ausdrucksweise, die den dialektischen Sachverhalt so kurz und präzise wie möglich zusammenfaßt, zum Nachdenken und Nachsinnen herausfordern. Die Dialektik ist der Kern der Prajna-Philosophie des Buddhismus. In der hier üblichen und geübten Ausdrucksweise ist z. B. der Mensch nicht der Mensch; eben deshalb ist er der Mensch. (Dies heißt: Der Mensch kann nur dadurch Mensch sein, daß er vor dem Überwirklichen sein leibhaftiges Menschentum als nichtig erkennt.) Der Verfasser denkt jedoch nicht nur philosophisch-dialektisch, sondern auch historisch. Die Überwindung historisch entstandener Gegensätze, die Herausbildung neuer Gegensätze und deren relativer Ausgleich u.s.f. verwirklicht sich in stufenweiser geschichtlicher Entwicklung.

In den japanischen Universitäten beherrscht die mathematisch-naturwissenschaftliche Wirtschaftstheorie (wie auch in USA und Westeuropa) die Katheder. Um so mehr Aufmerksamkeit und Beachtung verdienen die Bemühungen um die Begründung bzw. Neubegründung eines fruchtbaren Verhältnisses zwischen Wirtschaftstheorie, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschafts- bzw. Sozialphilosophie.

Eine Bemerkung zur Kritik: Der Ausdruck „Mittelwegwirtschaft“, durch den ein „Mischsystem“ zwischen der individualistischen und der kollektivistischen Planwirtschaft bezeichnet wird, ist weder logisch noch sachlich zutreffend. Logisch nicht, weil die dialektische Synthese keinesfalls eine Mischung von These und Antithese, sondern eine höhere Rangstufe darstellt; sachlich nicht, weil auch die Praxis nicht ein Kompromiß will und erstrebt, sondern eine Ordnung, in der die individuellen und kollektiven Interessen in einer Sphäre persönlicher und sozialer Verpflichtungen zusammenkommen. (Vgl. mein Buch „Wirtschaftsleben und Wirtschaftsgestaltung. Die Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialphilosophie“. Berlin 1963, 5. Kap.) Der Verfasser dürfte im Grunde der gleichen Meinung sein. Der Ausdruck „Mischsystem“ sollte jedoch vermieden werden.

Herbert Schack, Berlin

Franz Klüber: Eigentumstheorie und Eigentumspolitik. Begründung und Gestaltung des Privateigentums nach katholischer Gesellschaftslehre. Osnabrück 1963. A. Fromm. 472 S.

Die katholische Gesellschaftslehre ist eine primär dem religiösen Glauben verhaftete, am Gesetz Christi orientierte Lehre. Sie schöpft aus dem Evangelium. Ihr Fundament ist unwandelbar, weil in Gott ruhend. Und daher sind für den Katholizismus auch die Grundthesen seiner Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik ewig gültige Wahrheit. Sie sind die Übertragung des Evangeliums auf die gesellschaft-

lichen Belange zu jeder Zeit, ein „integrierender Bestandteil der christlichen Lehre vom Menschen“ (Mater et Magistra).

Die Fundierung der katholischen Gesellschaftslehre und des gesellschaftspolitischen Anspruchs der katholischen Kirche ist eindeutig. Im Mittelpunkt dieses Anliegens stehen der erbsündige, aber vernunftbegabte Mensch als Gottes Kind, die Integrität seiner Würde und Rechte, darunter das unverzichtbare Recht auf Existenz, auf die Persönlichkeitsentfaltung, auf Freiheit und Eigentum, m. a. W. die Gewährung und Sicherung der dem Menschen von Natur zustehenden Rechte.

Das ist der Boden, von dem aus Franz Klüber an die Darstellung der katholischen Eigentumstheorie und Eigentumspolitik als eines zentralen Problems der katholischen Gesellschaftslehre herangeht. Er, der eine gediegene theologische, wirtschaftswissenschaftliche, juristische und soziologische Schulung hinter sich hat, verfährt äußerst sorgsam. Zunächst geht es ihm um die Bestimmung des Begriffs des Eigentums als Eigentumsrecht, dann um die Erkenntnis der Individual- und Sozialnatur alles Eigentums, ferner um die Kennzeichnung dessen, was die katholische Gesellschaftslehre unter Eigentumsgebrauch, Eigentumsordnung, Eigentumsformen und Gemeineigentum versteht, um dann — unter Bezugnahme auf das Alte und Neue Testament — nach der Begründung des Eigentums zu fragen. In ihnen sieht der Katholizismus seine Auffassung von der den Menschen als Ebenbild Gottes angepaßten Privateigentumsverfassung und -ordnung als für alle Zeiten begründet. Das Privateigentum hat nur Sinn im Dienst der Verwirklichung des Gottesreiches.

Klüber kommt es darauf an, den Zusammenhang von Eigentumsrecht, Eigentumsgebrauch, Eigentumsformen, Eigentumsordnung in ihrer Beziehung zum Gemeinwohl und zum Gemeingebrauch der Güter in katholischer Sicht und damit die Einbettung der katholischen Eigentumslehre als Teil der katholischen Gesellschaftslehre in die katholische Glaubenslehre — zum Unterschied von der Eigentumslehre der evangelischen Sozialethik — aufzuzeigen.

Es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, diesen für die Katholiken und Nicht-Katholiken in der Regel zunächst schwer faßbaren Sachverhalt — immer unter Bezugnahme auf die Quellen älteren und neueren Datums — dargelegt zu haben, um dem Leser die gesellschafts- und damit eigentumspolitischen Forderungen der katholischen Kirche an die Welt verständlich zu machen.

Glaube, Sittlichkeit und gesellschaftliche Beziehungen der einzelnen bilden somit für den Katholizismus einen unlösbaren Zusammenhang. Aus dieser Erkenntnis schöpft die katholische Kirche die Kraft, auch zu den weltlichen, gesellschaftlichen Problemen konkret Stellung zu nehmen, d. h. zu fragen, ob die gesellschaftlichen Zustände den Menschen wirklich angepaßt, „naturgerecht“ sind und, wenn nicht, welche Möglichkeiten der Abhilfe oder gar Heilung ergriffen werden sollten. Das Wissen in seiner ganzen Umfassendheit von der von Gott gesetzten „rechten“ Ordnung habe nur die katholische Kirche. Sie will die

bestehende „Unordnung“ in der Welt des dynamischen Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus über die Verbreitung ihrer Glaubens-, Sitten- und Gesellschaftslehre durch die von Gott vorgegebene Ordnung ersetzen. Das ist die auf dem Privateigentum jeder Art beruhende, nach Raum und Zeit unterschiedliche, „leistungsgemeinschaftliche Ordnung“, eine nach Leistungsgruppen, Berufen, gegliederte, den Klassen- oder Gruppenegoismus ausschließende Gesellschaft, deren Gemeinwohl durch den Erlaß allgemeiner, für die einzelnen verbindlicher Rahmenbestimmungen zu wahren, Aufgabe des Staates bzw. der Staaten sei.

Der zweite Hauptabschnitt des vorliegenden Buches ist deshalb der Frage der gesellschaftspolitischen Folgerungen aus der Begründung des Eigentums nach katholischer Lehre gewidmet. Daher nimmt die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer einen verhältnismäßig großen Raum ein.

Zunächst gibt Klüber einen ideengeschichtlichen Überblick, um darauf darzulegen, ob und inwieweit das Eigentumsrecht durch das Mitbestimmungsrecht berührt wird und welchen Standpunkt die katholische Kirche ihm gegenüber einnimmt, weiterhin zur Frage der Förderung und Streuung des Eigentums an Gebrauchsgütern, Haus, Hof, Garten, Kapital auf möglichst alle Gesellschaftsschichten in der ganzen Welt; ferner zur Frage der Umverteilung bestehenden Vermögens durch verschiedene Maßnahmen bis zu den Grenzen einer etwaigen Sozialisierung nach katholischer Auffassung. Der Sinn katholischer Eigentumspolitik wird von Klüber noch einmal abschließend mit folgenden Worten begründet: „Wie man sich auch im Einzelfall entscheiden mag, die Notwendigkeit eigentumspolitischer, vor allem auf eine breitere Streuung des Produktionsvermögens gerichteter Maßnahmen läßt sich nicht abweisen, wenn man den Kollektivierungstendenzen der Zeit Einhalt gebieten und die für die Erhaltung der Freiheit und Würde des Menschen unverzichtbare Institution des Privateigentums nicht gefährden will“ (S. 424).

Das Buch von Franz Klüber zählt zu den Standardwerken der katholischen Gesellschaftslehre. Es ist nicht leicht zu lesen. Aber derjenige Leser, der mit dieser schwierigen Materie vertraut oder doch ernsthaft bemüht ist, in sie einzudringen, wird großen Gewinn aus diesem Buch ziehen. Es ist eine dogmenhistorische Darstellung der katholischen Eigentumstheorie und Eigentumspolitik unter Heranziehung aller wichtigen Quellen, so daß es als Lehrbuch vorzüglich geeignet ist. Eine kritische Analyse ist das Buch nicht. Die eigene Stellungnahme des Verfassers bewegt sich im Rahmen der katholischen Glaubens- und Gesellschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Verhältnisse und der auf sie bezogenen Diskussionen.

Daher wäre es verfehlt, sich in einer Besprechung, die eigentlich eine Buchanzeige ist, mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die dargestellten gesellschaftspolitischen Folgerungen in allen Teilen der

Wirklichkeit entsprechen oder ihr gemäß interpretiert worden sind, abgesehen davon, daß nach der Veröffentlichung des Buches das Zweite Vatikanische Konzil bewußt eine Reihe von für den Katholizismus sehr wichtigen Fragen offengelassen hat, um sich das Verstehen der gesellschaftlichen Entwicklung und das ihr entsprechende kirchliche Handeln nicht durch vorgefaßte Ansichten und Weisungen zu verbauen.

Oskar Klug, Berlin

Paul Avril: Théorie sommaire de la distribution des biens de consommation et son application à la hiérarchie des prix et conditions. (Collection techniques économiques modernes, publiée sous la direction d'André Piatier, 2.) Paris 1964. Gauthier-Villars. 186 S.

Der Autor dieses Buches, das 1963 mit dem Preis der Académie des Sciences Commerciales ausgezeichnet wurde, hat als Leiter der Compagnie Française d'Etudes de Marchés eine Fülle praktischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Absatzwirtschaft gesammelt und diese hier in dem Entwurf einer kurzgefaßten Distributionstheorie speziell für den Konsumgüterbereich verwertet. Der erste Teil der Schrift bietet eine theoretische Analyse der Verteilungs- und Handelsfunktionen dar, die in ihrer räumlichen und zeitlichen Dimension wie auch in ihren psychologischen Determinanten ausgeforscht werden. Einige Anwendungsbeispiele (so etwa mit Bezug auf das Rentabilitäts- und Optimalisierungsproblem) schlagen die Brücke zur Praxis, die auch in einer gedrängten Bestandsaufnahme verteilungsanalytischer Verfahrensweisen zu ihrem Recht kommt. Im zweiten Teil sucht der Verfasser den Nutzwert seines verteilungstheoretischen Konzepts an Hand einer Studie über die „Hierarchie der Preise und der Geschäftsbedingungen“ zu demonstrieren, wobei dieser Ausdruck den gängigeren Begriffen der Preisdifferenzierung und Preisdiskriminierung entspricht. In den folgenden Kapiteln ruht das Schwergewicht der Betrachtung auf den einzelwirtschaftlichen Aktionsparametern unternehmerischer Preis- und Absatzpolitik.

Sicherlich enthält das Buch originelle Gedanken, aber man kann in ihm kaum mehr als einen ersten Versuch erblicken, empirische Ergebnisse der Marktbeobachtung und Marktanalyse zu einem oft nur recht skizzenhaften System mikro- und makroökonomischer Verteilungsgesetze und -grundsätze zu verarbeiten.

Antonio Montaner, Ludwigshafen

Hermann-Josef Dudler: Kurzfristige internationale Kapitalbewegungen. Ihre quantitativ-definitiorische Erfassung und theoretische Analyse. Frankfurt am Main 1966. Fritz Knapp. VI, 184 S.

Nachdem eine große Zahl von Ländern wieder zu einer vollen Konvertibilität ihrer Währungen übergegangen ist, hat sich die wirtschafts- und zahlungsbilanzpolitische Diskussion über Fragen des kurzfristigen internationalen Kapitalverkehrs neuerlich belebt. Mit

der vorliegenden Schrift möchte der Verfasser dazu beitragen, diese gewiß nicht unbedeutenden Probleme weiter klären zu helfen. Er bemüht sich „um die Entwicklung und Darstellung theoretischer Begriffe und Instrumente, mit deren Hilfe sich das Wesen und die Funktionsweise des kurzfristigen Kapitalverkehrs unter den besonderen Bedingungen und institutionellen Eigentümlichkeiten des herrschenden Währungssystems sichtbar machen lassen“ (S. 5). Hierbei räumt Dudler der „quantitativ-definitiven Erfassung“ den weitest aus größten Teil seiner Arbeit ein. Wenngleich sich mit der Diskussion von Begriffen keine Sachprobleme lösen lassen, so ist eine solche Auseinandersetzung dennoch nicht immer unwichtig, weil damit Mißverständnisse ausgeräumt und in begriffsrealistischer Manier vorgebrachte zahlungsbilanzpolitische und -theoretische „Beweisführungen“ entlarvt werden können. So befaßt sich der Autor im 1. Hauptteil seiner Untersuchung mit den Konzepten der Devisenmarkt-, der Liquiditäts-, der Grund- und der reinen Leistungsbilanz. Sicherlich zu Recht hält er das Konzept der Devisenmarkt-Bilanz, das die Grundbilanz plus „autonomen“ kurzfristigen Kapitalverkehr umschließt, nach wie vor für das aussagekräftigste, das durch die in die Zukunft gerichtete Liquiditätsbilanz unter Umständen hilfreich ergänzt werden kann. Damit sind die kurzfristigen Kapitalbewegungen gegenüber den sogenannten „Grundtransaktionen“ und gegenüber den Reservebewegungen der hierfür berufenen offiziellen Institutionen, den Veränderungen der Devisenbilanz also, abgegrenzt.

Im 2. Hauptteil unternimmt es Dudler dann, den kurzfristigen Kapitalverkehr funktional und sektoral weitergehend zu klassifizieren, nachdem er zunächst abgeklärt hat, was als „kurzfristige“ Periode anzusehen sei. Er nimmt eine „variable Referenzperiode“ an, „innerhalb derer kurzfristige Kapitalbewegungen ausgelöst werden und eventuell zum Stillstand kommen, aber nicht reversibel sind“ (S. 76) und die natürlich nicht aus den formellen Laufzeiten abgeleitet werden kann. Bei der funktionalen Gruppenbildung unterteilt er — wie bereits früher — in autonomen und offiziellen kurzfristigen Kapitalverkehr. Während der offizielle Kapitalverkehr ex definitione ausgleichswirksam sein soll, können die „autonomen“ Kapitalbewegungen einen Saldo der Devisenmarkt-Bilanz sowohl kompensatorisch oder stabilisierend als auch nicht-kompensatorisch oder destabilisierend beeinflussen. Bei der sektoralen Klassifikation gliedert Dudler in „Bankensektor“, „Nichtbankensektor“ und einen „zentralen monetären Sektor“ und konstruiert eine Flow-of-Funds-Tabelle, in die Leistungstransaktionen sowie kurz- und langfristige Finanztransaktionen mit dem Ausland aufgenommen werden. Mit Hilfe dieser Geldstromanalyse arbeitet Dudler die finanzierungstechnischen Bedingungen und Voraussetzungen kurzfristiger privater Kapitalbewegungen heraus, die — nach seiner Ansicht — unschwer als Ergebnis temporärer Liquiditätsdispositionen der Banken und Nichtbanken erklärt werden können, die reine Finanztransaktionen darstellen und die damit die Leistungstransaktionen unberührt lassen.

Im 3. Hauptteil wird diese Aussage, daß der kurzfristige private Kapitalverkehr als reine Finanztransaktion anzusehen sei, zumindest wieder stark eingeschränkt. Dort führt Dudler nämlich aus, daß kurzfristige Kapitalbewegungen wegen eines sogenannten „antizipativen, psychologischen Elements“ kurz- oder langfristige Anpassungsprozesse in der Leistungs- oder Grundbilanz auslösen können. Schließlich entwickelt der Verfasser im 3. und 4. Hauptteil in groben Umrissen eine sogenannte „kurzfristige Zahlungsbilanzpolitik“, die an die Transaktionsmotive des kurzfristigen Kapitalverkehrs anknüpft. Dieser Entwurf bleibt jedoch mehr oder weniger bruchstückhaft, und die hier anstehenden Probleme sollen in einer zweiten Arbeit des Verfassers eingehend analysiert werden, die nur wenig später herauskommen sollte und inzwischen bereits erschienen ist. Da es ohnehin wenig befriedigend ist, über weite Strecken lediglich begriffliche Probleme abzuhandeln, liegt die Frage nahe, ob der Autor nicht besser beraten gewesen wäre, so lange mit der Publikation zu warten, bis auch die positive Theorie erscheinungsreif war.

Helmut Gröner, Bonn

Egon Sohmen: Internationale Währungsprobleme. Eine Einführung. Frankfurt a. M. 1964. Fritz Knapp Verlag. 133 S.

Dieses Buch ist eine Neubearbeitung einer Schrift, die der Verfasser unter dem Thema „International Monetary Problems and the Foreign Exchanges“ (Band 4 der Special Papers in International Economics, Princeton, 1963) herausgab.

Der frühere amerikanische Titel macht deutlich, was der Verfasser behandelt, nämlich die Bedeutung des Wechselkursproblems für die internationalen monetären Probleme. In der Tat ist das Wechselkursproblem auch das beherrschende Thema in der Neubearbeitung.

Das Buch hat vier Kapitel. Im ersten Kapitel (Probleme, Programme, Patentlösungen) bringt der Verfasser zunächst eine Klärung der verschiedenen Begriffe, insbesondere aus dem Bereich der Wechselkursdiskussion. In einem Abschnitt über die Wirkungsweise der Geldpolitik in verschiedenen Währungssystemen führt Sohmen sodann in das Programm seines Buches ein, nämlich die Einführung beweglicher Wechselkurse zu begründen. In den weiteren Abschnitten dieses Kapitels diskutiert der Verfasser vor allem die Zahlungsbilanzprobleme der Nachkriegszeit und die Hauptschwierigkeiten, die aus ihnen resultieren, wie die Probleme ausreichender Internationaler Liquidität und adäquater Wechselkurse. Im zweiten Kapitel (Der internationale Handel und seine Bedeutung für die optimale Allokation der Ressourcen) stellt Sohmen dar, wie eine freie internationale Arbeitsteilung die optimale Allokation der Ressourcen begünstigt und ein rasches Wachstum der Weltwirtschaft fördert. Die Wechselkurspolitik solle daher Zahlungsbilanzkrisen und die daraus meistens folgenden Beschränkungen des internationalen Handels verhindern helfen. Das dritte Kapitel (Zahlungsbilanz und Devisenmarkt), wel-

ches das zentrale Kapitel des Buches ist, befaßt sich zunächst mit den Hauptfaktoren und Wirkungen der Veränderungen der Leistungsbilanz und Kapitalbilanz. In dieser ausführlichen Analyse, die allerdings hinsichtlich ihrer theoretischen Begründung auf die relevante Literatur verweist, geht der Verfasser vor allem auf die Wirkungen von Wechselkursveränderungen auf die wesentlichen Teile beider Bilanzen ein. Er nimmt hier Stellung zu den Argumenten, die sich gegen eine Flexibilisierung der Wechselkurse richten. Andererseits unterbreitet er seine eigene Meinung zu bestimmten Wirkungen der Wechselkursflexibilisierung, z. B. auf das Preisniveau und auf die Beschäftigungslage.

Das Buch erscheint auf den ersten Blick lose zusammengefügt. Dennoch weist es im Hinblick auf das zu diskutierende Wechselkursproblem einen engen logischen Zusammenhang auf.

Im ganzen bringt das Buch so viele und so beachtliche Thesen zum Wechselkursproblem und zu einer einzuschlagenden Wechselkurspolitik, daß es nicht einfach ist, eine zusammenfassende Kritik vorzutragen. So sei hier nur Sohmens Hauptforderung, bewegliche Wechselkurse und gleichzeitig eine entsprechend wachsame Geld- und Wirtschaftspolitik wieder einzuführen, behandelt. Sie ist die Forderung vieler Nationalökonomten von Rang, und ihr Anliegen legitimiert sich durch die Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Währungssystems, die mitverantwortlich sind für die vielen großen Zahlungsbilanzstörungen und Geldentwertungen in unserer Zeit. Ist diese Forderung wirklichkeitsnah genug? Kann eine Geldpolitik, vorausgesetzt, daß sie funktionsfähig genug ist, die Wirkungen erreichen, die bei Vorherrschen beweglicher Wechselkurse notwendig sind? Kann erwartet werden, daß die Geldpolitik aller miteinander wirtschaftlich verbundenen Länder so funktionsfähig und so wirksam zugleich gemacht werden kann, daß Störungen aus der Wechselkursflexibilität vermieden werden? Können umgekehrt die den modernen Volkswirtschaften innewohnenden institutionellen Starrheiten so aufgelockert werden, daß die Wechselkursflexibilität ihre volle Wirksamkeit entfalten kann? Diese und viele weitere Fragen aus der Wechselkurspolitik beantwortet der Verfasser durch ein ständiges Gegenüberstellen von potentiellen positiven und negativen Wirkungen flexibler Wechselkurse, um schließlich jeweils zu einem Ja für die Aufgabe der starren Wechselkurse zu kommen. Trotz aller Ausgewogenheit und Stichhaltigkeit der vorgetragenen Argumente bleiben jedoch Zweifel. Sie gehen vor allem darauf zurück, daß die Bedingungen einer geldpolitischen Wachsamkeit in den Ländern der Welt zu unterschiedlich und im einzelnen zu wenig vorausschaubar sind, als daß man an eine ständig adäquate Geldpolitik ohne weiteres glauben könnte. Gleichviel wird man Sohmens Buch, das übrigens neben einer bestechenden Beweisführung auch einen brillanten Stil aufweist, als einen wichtigen Beitrag zu den Studien um eine verbesserte internationale Währungspolitik bezeichnen müssen.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Frederick G. Reuss: Fiscal Policy for Growth without Inflation — The German Experiment. Baltimore 1963. The Johns Hopkins Press. 319 S.

Während die Pessimisten in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren feststellten, daß es anscheinend nur Wachstum bei schleichender Inflation oder Stagnation bei annähernd stabilen, d. h. nur noch geringfügig steigenden Preisen gibt, meint ein wohl aus Deutschland stammender Amerikaner auf Grund seiner eingehenden Studien in der BRD über empirische Finanzpolitik, daß in der BRD Wachstum und „reasonable“ Preisstabilität verbunden seien. Für uns ist das ein Wunschtraum, aber keine Tatsache!

Drei Jahre nach dem Erscheinen des zu besprechenden Buches schrieb Harold *Rasch* ein Buch zum gleichen Thema: „Die Finanzierung des Wirtschaftswunders. Der Weg in die permanente Inflation“ (Stuttgart 1966).

Grundsätzlich zuzustimmen ist der These des Autors, daß die fiskalpolitischen Maßnahmen in der Nachkriegszeit mit ihren starken Anreizen zum Investieren und Sparen bei einem über viele Jahre hindurch annähernd ausgeglichenen Haushalt des Bundes Beachtliches zum Wachstum wie zur Geldwertstabilität beigetragen haben.

Die sorgfältig durchgeführte empirische Studie ist in sechs Teile gegliedert, von denen die wichtigsten sich mit den Steuern (86 S.), der Ausgabenpolitik (52 S.) und der Wirkung der Fiskalpolitik auf die deutsche Wirtschaft (58 S.) befassen. Neue Theorien oder mathematisch formulierte Aussagen wie auch Schaubilder fehlen bis auf drei graphische Darstellungen von Einkommensprogressionen. Der Text wird im übrigen durch rund 80 Tabellen sinnvoll ergänzt.

Das Buch will dem angelsächsischen Sprachkreis die Eigenarten und Erfolge der oft zu wenig beachteten deutschen Finanzwirtschaft erklären und sucht dabei manche Vorurteile auszuräumen. So wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie breit der Sektor der öffentlichen Wirtschaft in der BRD im Vergleich zu den USA ist (S. 50/51).

Zunächst werden die Institutionen der Finanzwirtschaft dargelegt. Scharf kritisiert — als Koordination ohne Koordination — wird das Nebeneinander von Bundes- und Landesbehörden im fiskalischen Bereich, d. h. regional von Oberfinanzdirektionen und Gemeindesteuern; das sei noch schlechter als das Fehlen jeglicher Koordination (S. 18/19). Getadelt wird u. a. auch das Fehlen eines allgemeinen ökonomischen Rates (S. 22). Drastisch wird geschildert, wie durch relativ hohe Preise und Steuern die Investitionen gefördert, zugleich die Löhne niedrig gehalten wurden und durch Sozialmaßnahmen nur teilweise ein Ausgleich für die unteren Schichten der Bevölkerung geschaffen wurde (S. 32/33).

Auch für den deutschen Leser ist es hochinteressant, sich einmal die deutsche Wirtschafts- und Fiskalpolitik, insbesondere den Aufbau des Einnahmen- und Ausgabensystems mit seinen zahlreichen Ausnahmen, Ergänzungen und Änderungen aus fremder Sicht vor Augen

zu führen. Eindrucksvoll zeigt der Verfasser, welche beachtlichen Auswirkungen dieses System beim Wiederaufbau und in den ersten fünfzehn Nachkriegsjahren gehabt hat, wie Sparen und Investieren gefördert, einige Wirtschaftszweige hoch subventioniert wurden, wobei der Steinkohlenbergbau, das Berlin- und das Mittelstandsproblem besonders herausgestellt werden.

Zusammenfassend (S. 276—280) meint der Verfasser, daß die Fiskalpolitik einen beachtlichen Anteil am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gehabt habe. Dies sei nicht nur glücklichen Umständen, sondern einer weitsichtigen und anpassungsbereiten Politik zuzuschreiben. Die deutsche Regierung habe einen größeren Spielraum zur Anwendung ökonomischer Instrumente gehabt als es in anderen Demokratien üblich sei. Die Staatsschulden seien durch die Inflation und das Londoner Schuldenabkommen weitgehend beseitigt worden. Einkommensinjektionen durch „deficit spending“ seien in der Zukunft durchaus möglich, da der öffentliche Kredit völlig intakt sei.

Die Inflationspolitik der Außenwelt habe die einzigartige Kombination von niedrig gehaltenem Verbrauch und machtvoll geförderten Investitionen unterstützt, indem große Außenhandelsüberschüsse aufgenommen wurden.

Als Nachteile stellt der Verfasser insbesondere die Konzentration der Einkommen und Vermögen bei Regierung und in der Geschäftswelt fest. Die zukünftige Entwicklung Deutschlands werde weitgehend davon abhängen, wie man die sozialen Spannungen lösen könne. Der Erfolg des deutschen Experimentes habe vor allem in einer seltenen Neuerung gelegen, nämlich — und damit schließt das Buch — in einer rationalen Wirtschaftspolitik! Sicherlich hätte heute der Verfasser nicht mehr so uneingeschränkt die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik gelobt.

Burkhardt Röper, Aachen

Günter Petermann: Marktstellung und Marktverhalten des Verbrauchers. Wiesbaden 1963. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Gabler. 80 S.

Die These, wonach alles Wirtschaften der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient und demgemäß die Produktion nach Umfang und Zusammensetzung letztlich vom Verbraucher bestimmt und gelenkt wird, ist heute nicht unbestritten. Vielfach wird an Hand der effektiven Marktverhältnisse nachzuweisen versucht, daß der Verbraucher infolge fehlender Markttransparenz und unter dem Einfluß werbewirksamer und absatzfördernder Maßnahmen vom Anbieter in seinem Marktverhalten beeinflusst und gewissermaßen manipuliert wird. Zu diesem äußerst aktuellen Fragenkomplex nimmt der Verfasser Stellung und bietet eine übersichtliche Einführung in die hier bestehenden Zusammenhänge.

Eine Lenkung der Wirtschaft und insbesondere der Produktion durch die Marktentscheidungen des Verbrauchers setzt einen voll-

kommenen Wettbewerb auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite voraus. An Hand der realen Marktverhältnisse weist der Verfasser jedoch eine Reihe von Einflüssen nach, die die effektive Marktstellung des Konsumenten erheblich beeinträchtigen.

Desgleichen stellt er auch die Annahme eines rationalen Verhaltens des Konsumenten — in formaler, normativer bzw. psychologischer Bedeutung — im Hinblick auf die letztlich subjektive Zielsetzung des Verbrauchers in Frage, da sie nur sehr bedingt im Sinne einer formalen Rationalität gegeben wäre. Im System der Marktwirtschaft interessiert vor allem das Verbraucherverhalten in Bezug auf den Preis und die Beziehung zwischen Preis und Nutzen; dabei zeigt sich, daß je nach der Bedarfsart der Verbraucher sich preisbewußt, preisorientiert bzw. preisindifferent verhält: m. a. W. verhält er sich nur zum Teil systemgerecht, eine Tatsache, die von den Anbietern zur Stärkung ihrer Marktposition bewußt ausgenutzt wird.

Eine wesentliche Verbesserung der Marktstellung des Konsumenten kann daher nicht allein durch eine Verbesserung der objektiven Marktbedingungen erreicht werden, vielmehr bedarf es hierzu in erster Linie einer systematischen Verbraucheraufklärung, Verbrauchernerziehung und eines Verbraucherschutzes. Diese Einsicht erfährt durch den in den letzten zehn Jahren international zu verzeichnenden intensiven Ausbau der Verbraucherschutzbewegung eine Bestätigung.

Helga Schmucker, Gießen

Rolf Berth: Wähler- und Verbraucher-Beeinflussung. Empirische Grundlagen und theoretische Ansätze. Stuttgart 1963. Gustav Fischer. 415 S.

Der Titel dieses Werkes ist insofern irreführend, als der Verfasser — in Konsequenz wohl seiner praktischen Tätigkeit im EMNID-Institut und vorangegangener Publikationen — nicht eigentlich Absatzstrategien, sondern Probleme und Praktiken der Markt- und Motivanalyse in den Vordergrund seiner Ausführungen rückt, Teile also einer allgemeinen Absatztheorie, für welche die Routiniers in Agenturen, Werbe- und Verkaufsabteilungen zwar schon einen modischen Namen („Marketing“), nicht aber zureichendes theoretisches Rüstzeug an der Hand haben. Das angezeigte Werk mag dazu beitragen, den Abstand zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Werbepraxis ein wenig zu verringern. Seine Stärke liegt in den Ausführungen über Verbrauchermotive, Verbrauchereinstellungen und über deren wirksame Exploration. Unzählige praktische Exempel wie Abbildungen und Diagramme lockern den ohnehin flüssigen Text auf, machen die Lektüre zu einer zwar langwierigen, aber kurzweiligen Angelegenheit. Der Verfasser operiert vor allem mit den durch *Hofstätter* hierzulande popularisierten Polaritätsprofilen, bei deren Interpretation er auf so verschiedenartige Konzeptionen wie die Gestaltpsychologie *Lewins*, die *Freudsche* Psychoanalyse und auf einen an *Murray* angelehnten Katalog von siebzehn (genau siebzehn) „Streben-

gen“ zurückgreift. Das alles, vor allem die arg versimpelte Psychoanalyse, wird mit viel Überzeugung, eloquent und sicher vorgetragen. Die zahlreichen methodologischen Rück- und Vorbesinnungen, der stete Hinweis auf die Notwendigkeit eines „ganzheitlichen“ Vorgehens verdecken freilich nicht, daß dem Verfasser die Synthese von Ökonomie, Psychologie und Soziologie, die ihm als Ziel vor Augen stand, mißraten ist: Text, Personen- und Sachregister belegen, daß Ökonomie, Sozialpsychologie und Soziologie gelinde gesagt zu kurz kommen. Berths Buch rückt damit neben die anderen, einer allzu vereinfachten Individualpsychologie verpflichteten Werke von *Holzschuher*, *Dichter*, *Cheskin* und *Martineau* — um nur die bekanntesten Namen zu nennen. Gleichwohl: Die Fülle der vorgetragenen praktischen Fälle macht diese Arbeit zu einer lesenswerten Lektüre.

Gerhard Schmitt-Rink, Mainz

Constantin von Dietze: Grundzüge der Agrarpolitik. Hamburg und Berlin 1967. Paul Parey. 291 S.

Als Lehrbuch knüpft dieses Werk bewußt an die Richtung der wissenschaftlichen Agrarpolitik an, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Wirken Max Sering's ihren Höhepunkt fand. Von der Überzeugung getragen, daß ein „Agrarpolitiker Werturteile nicht völlig unterlassen kann“ (S. 261), versucht v. Dietze, Agrarverfassung und Agrarökonomie als gleichgewichtige Pfeiler der wissenschaftlichen Agrarpolitik darzustellen, ihre Einwirkung auf Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft national und international zu analysieren und schließlich durch Ausblicke auf die Grenzfächer ein ganzheitliches Bild des Fachgebietes zu entwerfen. Der Fülle und Differenziertheit des Stoffes auch nur annähernd gerecht zu werden, wird heute wenigen Autoren gelingen; v. Dietze gehört zu diesen wenigen. Auf ein großes Lebenswerk rastloser wissenschaftlicher Arbeit in der Agrarpolitik zurückblickend, entstand ein Buch, das in seiner Gesamtschau beim Leser größten Eindruck hinterläßt.

Das Werk umfaßt 291 Seiten, verzichtet auf eine Überladung mit Tabellen und Graphiken und ist in vier Teile gegliedert: 1. Agrarpolitik in Geschichte und Gegenwart. 2. Agrarpolitik als Wissenschaft. 3. Agrarpolitik in der Volkswirtschaftspolitik. 4. Agrarpolitik in der Bundesrepublik. Ein ausführliches, nach Kapiteln geordnetes Literaturverzeichnis sowie Personen- und Sachregister machen das Buch gleichzeitig zu einem ausgezeichneten Nachschlagewerk und Quellenhinweis.

Was sind die Schwächen des Buches? Interessanterweise lassen einige Vorzüge des Werkes auch einige Nachteile deutlich werden.

So bestechend die Darstellung aller für die Agrarpolitik bedeutender Faktoren auch ist, sie läßt bei dem Leser doch die Frage entstehen, ob heute noch ein Autor allein alle wesentlichen Agrarprobleme aufzeigen kann, um ein genügendes Verständnis für die jeweilige spezifische Bedeutung eines Problems in der Landwirtschaft her-

vorzurufen. Es ist ohne Zweifel zu bedauern, daß viele Fragen nur angedeutet, aber nicht behandelt werden konnten.

Die besondere Betonung agrarsozialer Anliegen (Agrarverfassung) ist in Reaktion auf Veröffentlichungen vieler jüngerer Autoren verständlich und wohl auch notwendig. Diese Einstellung läßt nun aber die Behandlung agrarökonomischer Bezüge nicht in der Gründlichkeit zu, die ihnen heute tatsächlich gebührt. Daß ökonomische Faktoren in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Aussehen und Ansehen der Landwirtschaft infolge ihrer größeren Marktverflechtung und ihres vielfältigen Funktionswandels stärker gestalten als früher, muß sich natürlich auch in einer Veränderung der Forschungs- und Lehrgegenstände der wissenschaftlichen Agrarpolitik niederschlagen. Es sei hier auf die kürzlich veröffentlichten Arbeitsergebnisse der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., deren Vorsitzender v. Dietze 15 Jahre lang war, zum Thema: „Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte“ verwiesen, die diese These unbedingt unterstützen.

Wie in den bisher seit dem zweiten Weltkrieg erschienenen Lehrbüchern zur Agrarpolitik ist auch in dem vorliegenden Werk eine optimale Gliederung des Stoffes noch nicht gelungen. Das scheint ein besonders schwieriges Unterfangen zu sein und harret noch seiner glücklichen Lösung. Gewisse Wiederholungen, Überschneidungen und Zuordnungen sind aus dieser objektiven Schwierigkeit zu erklären, zeigen aber auch, wieviel Material und Tatsachen im Werk v. Dietzes zusammengetragen wurden.

Der Autor hat mit diesem Buch sein Lebenswerk gekrönt. Der agrarpolitisch interessierte Leser wird immer wieder zu den „Grundzügen der Agrarpolitik“ greifen, die gebotene Fülle nutzen, den Mut zur Kritik und zu den Werturteilen bewundern, die Schlußfolgerungen wohl überwiegend richtig heißen und schließlich dankbar sein, daß v. Dietze in diesem Buch Arbeit und Erfahrung vieler Jahrzehnte der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Heinz U. Thimm, Gießen

Heinz Maria Oeftering: Probleme der Deutschen Bundesbahn von heute und von morgen. (Kieler Vorträge, Nr. 46.) Institut für Weltwirtschaft. Kiel 1966. 17 S.

Die Probleme der Deutschen Bundesbahn von heute und morgen werden vornehmlich vom verkehrspolitischen und technischen Standpunkt aus betrachtet. Nur zum Schluß werden die wirtschaftlichen Probleme gestreift. Es wird hier mit Befriedigung festgestellt, daß eine Überprüfung der Kostenrechnung der Bundesbahn durch die Deutsche Revisions- und Treuhand-AG. die Richtigkeit der Kostenrechnung bestätigt hat. Doch das Defizit bleibt. So ist es wohl neben anderen Ursachen das Überwiegen des behördlichen und technischen Denkens, das für das Defizit mit verantwortlich ist. Die Bundesbahn darf sich eben heute nicht mehr als Behörde sehen, sondern sie muß ein großes Verkehrsunternehmen sein, in dessen Leitung der Kauf-

mann das entscheidende Wort zu sagen hat. Die Umwandlung der Bundesbahn aus einer Behörde in eine kaufmännisch orientierte Unternehmung ist das große Problem von heute und von morgen, das in dem Vortrag leider nicht berührt wird.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Otto Schiller: Gemeinschaftsformen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich. Frankfurt/M. 1966. DLG-Verlag. 168 S.

Es ist zu begrüßen, daß der Verfasser das Problem der Gemeinschaftsformen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich systematisch darstellt. Zuerst werden die Begriffe geklärt, dann die grundsätzlichen Fragen angeschnitten. Als genauer Kenner der agrarischen Verhältnisse in einer Reihe von Entwicklungsländern vermag er die praktische Durchführung der genossenschaftlichen Produktionsförderung in ihren verschiedenen Formen unter jeweils anderen Besitzverhältnissen und in einer verschiedenartigen gesellschaftlichen Umgebung mit großem Sachverstand darzustellen. Besonders sei noch auf das ausführliche Literaturverzeichnis hingewiesen, das dem Buch beigegeben ist.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Ferdinand Friedensburg: Die Bergwirtschaft der Erde. 6. umgearb. Aufl. Stuttgart 1965. Ferdinand Enke. 566 S.

Wer sich über die Entwicklung der Weltförderung von Mineralien in den Nachkriegsjahren orientieren möchte, wer die Fundorte bestimmter Bodenschätze und ihre Bedeutung im Rahmen der Weltwirtschaft kennenlernen will oder wer zu erfahren sucht, mit welchen Bodenschätzen ein bestimmtes Land nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse ausgestattet ist, kann nichts Besseres tun, als nach dem Buch von Friedensburg zu greifen. Es wird ihm zuverlässig Auskunft geben, zuverlässig in dem Maße, wie eine Kompilation dieser Art nur eben sein kann. Daß der Grad der Genauigkeit und die Vollständigkeit der Angaben für einzelne Länder, insbesondere für China, aber auch für die Sowjetunion zu wünschen läßt, liegt nicht am Verfasser. Mit Vorbehalten sind natürlich auch alle Angaben über vermutete Bodenschätze aufzunehmen.

Ein Mangel eines Buches dieser Art muß auch bleiben, daß keine Angaben über die Abbaukosten, den wirtschaftlichen Transportradius u. ä. gegeben werden. Nur mittelbar und mit einem großen Unsicherheitsspielraum kann man für Länder mit liberaler Wirtschaftsordnung aus der Tatsache zunehmender oder abnehmender Förderung auf den Grad der Wirtschaftlichkeit schließen. Für Länder mit zentralverwaltungswirtschaftlicher Ordnung dürfte dieser Schluß dagegen unzulässig sein.

Da das Buch als reines Nachschlagewerk konzipiert ist, wird jede Auswertung des angebotenen Materials dem Leser überlassen. Wenn dem Rezensenten eine Anregung gestattet sei, dann diese: Die Be-

nutzung des Werkes würde für den Leser erleichtert, wenn die einzelnen Länder zu etwas größeren geographischen Gruppen zusammengefaßt würden. Bei der verwendeten rein alphabetischen Anordnung gehen manche Zusammenhänge sehr leicht verloren.

Doch auch so, wie es vorliegt, stellt das Werk ein nützliches Handbuch dar, das in keiner volkswirtschaftlichen Bibliothek fehlen sollte.

Manfred Neumann, Köln

Probleme der Mittelschichten in Entwicklungsländern. (Abhandlungen zur Mittelstandsforschung, Nr. 12.) Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag. 185 S.

Fünf Arbeiten über das Problem der Mittelschichten in Jugoslawien, in der Türkei, in Spanien, Venezuela und den neugegründeten Staaten Westafrikas sind in diesem Band vereint. René König schrieb ein paar Worte der Einführung und Ahmed Muddathir das Nachwort. So unterschiedlich in Umfang und Methode die fünf Arbeiten sind, so können sie doch uneingeschränkt als informativ für die besagten Länder bezeichnet werden. Nur Westafrika kommt ein wenig verschwommen unter die Lupe, aber daran mag das zu weit gefaßte Thema schuld haben. Daß die fünf Autoren auch nur annähernd vergleichbare Begriffselemente für das Phänomen Mittelschicht benutzen, wird kaum jemand erwarten. Im Gegenteil, einige Verfasser, darunter vor allem Murillo und Brachfeld, zeigen die Unmöglichkeit eines durchgängig applikablen Begriffs für verschiedene Länder sehr anschaulich auf.

Können die Ergebnisse der Untersuchungen auf einen irgendwie gearteten Nenner gebracht werden? Wohl kaum. Mittelschichten, wie auch immer definiert, haben eine recht unterschiedliche Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder gespielt. Keineswegs war ihre Rolle immer positiv, fördernd, dynamisch! Wir kennen viele Länder, in denen sich die wirtschaftliche Expansion ohne Mittelschichten-Politik vollzieht und auch Länder, in denen eine solche Politik weitgehend nur innenpolitische Rhetorik blieb. Die meisten der hier gesammelten Beiträge ersparen uns die nutzlosen Klagelieder über das Fehlen oder Versagen der Mittelschichten in Entwicklungsländern. Vielmehr entwerfen sie ein lebendiges Bild von den Verhältnissen in den Berichtsländern und zeigen auch, wie die Entwicklung an den Mittelschichten im europäischen Sinne vorbeigeht und wie sich anders geartete, neue Formen herausbilden.

Radomir Lukić, Belgrad, berichtet über „Die mittleren Schichten im sozialistischen Jugoslawien“. Er geht davon aus, daß es hier keine Mittelklasse im herkömmlichen Sinne geben könne, da die „ausbeutende Klasse“ und „ausgebeutete Unterklasse“ fehlen oder nicht repräsentativ seien. Somit arbeitet er mit dem Begriff der Mittelschicht lediglich als statistische Gruppe. Darin schließt er ein: Kleinbauern, Gewerbetreibende, Angestellte und Freie Berufe. Allen sagt er auf Grund seiner Trendanalyse eine Expansion voraus mit Ausnahme der

Kleinbauern. Insbesondere betont er gute Chancen für die privaten Gewerbetreibenden, obwohl Angaben über ihre betriebliche Ausstattung, Beschäftigungsgrad usw. im Vergleich zu den staatlichen Betrieben kein allzu günstiges Licht auf sie werfen. Die Zahl der Angestellten sank zunächst nach den Bemühungen um die Entbürokratisierung, scheint aber nun wieder zu steigen, zumal ja die Gruppe der „Intelligenz“ in der sozialistischen Gesellschaft Jugoslawiens weitgehend nur als Angestellte tätig werden wird. Zahlenmäßig unbedeutend ist der Sektor der Freien Berufe.

Hilmi Ziya *Ülken*, Istanbul, legt „Einige Ergebnisse der Mittelstandsforschung in der Türkei“ vor. In den Tabellen mit quantitativer und sektoraler Gliederung ist jedoch die Beschränkung auf die Mittelschichten im herkömmlichen Sinne recht unvollständig. Es finden sich auch leider keine Angaben über die benutzten Kriterien zur Abgrenzung der Schichten, weshalb die Feststellung, daß 62 v.H. der Bevölkerung aus Unterschichten bestünde, nicht aufschlußreich ist. Sonst aber finden sich originelle Regionalstudien und auch zahlreiche allgemein interessante Feststellungen. Das Gros der Landflüchtigen, die in die unterbeschäftigten Städte strömen, wird von den Reichsten und Ärmsten zugleich gebildet. Die Steuerstatistik weist die Mittelschicht als den wichtigsten, vielfach als den einzigen Steuerzahler aus.

Francisco *Murillo*, Valencia, ergeht sich in seinem Thema über „Die spanischen Mittelschichten“ nach spanischem Brauch in längeren historischen Einleitungen, die jedoch viel Lesenswertes für das iberoamerikanische Mittelschichtenproblem enthalten. Der frühe Vergleich (1860) der Schichtungen Madrids und Barcelonas ist ein interessanter Ansatz seiner Analysen. Eine fruchtbare Methode ist die Benennung der typischen Mittelstandsprovinzen und ihre Charakterisierung. Hier lassen sich generell wichtige Konsequenzen ableiten. Sein Augenmerk gilt vor allem auch dem Phänomen der neuen und alten Mittelschicht. Er ist es auch, der viele wesentliche Bestandteile unserer Mittelstandspolitik als einen für andere Länder unbrauchbaren Mythos verwirft und aufschlußreiche Ergänzungen zu den späteren Ausführungen für Venezuela gibt. Eine Stabilisierung schreibt er, mit Einschränkung, nur den neuen Mittelschichten zu.

Oliver *Brachfeld*, Barcelona, äußert sich fundiert über „Mittelschichtenprobleme Südamerikas. Dargestellt am Beispiel der Mittelschichten Venezuelas“. Er tritt der Behauptung früherer Arbeiten entgegen, daß Venezuela keine Mittelschichten besäße. Sie seien nur nicht so leicht erkennbar, da sie sich weder in der Agonie befänden noch innenpolitisch umworben würden. Seine Darstellung skizziert eine recht differenzierte Mittelschicht, die die wirtschaftliche Entwicklung mit ihrem eigenen Wachstum begleitet. Interessant auch der Hinweis, daß der Verstädterungsprozeß, anteilig gespeist von Mittelschichten, auch ohne jegliche Industrialisierung stattfand, eine Erscheinung, die vielerorts in Lateinamerika zu beobachten war. Zum Schluß macht Brachfeld eine Reihe von Ausführungen zum Thema Mittelschicht als Unsicherheitsfaktor, die namentlich bei uns Beachtung verdienen. Seine

Klassifizierung der Mittelschichten Venezuelas fußt im wesentlichen auf einer Auseinandersetzung mit einer Schrift von Emil Wehrle, dem Autor zahlreicher Arbeiten über das Problem des gewerblichen Mittelstandes in Entwicklungsländern.

Wolfgang Teuscher, Köln, äußert sich schließlich zur Frage „Die Mittelschichten in den neugegründeten Staaten Westafrikas“. Er sieht in der geschichtlichen Analyse die beste Methode zur Behandlung des Themas. Wie man vielleicht bei einem so großen und sozial heterogenen Gebiet nicht anders erwarten darf, zerfällt die Darstellung in Einzelheiten und nur wenige allgemein interessante Hinweise zum Thema. Sicherlich hätte die Beschränkung auf ein Land oder Gebiet mehr gefruchtet. Es fehlen nicht die gewohnten mittelstandspolitischen Postulate, deren Fragwürdigkeit von den vorgenannten Autoren recht eindrücklich aufgezeigt wurde. Aber wer vermag sich auf 20 Seiten zu einem so schwierigen Thema bezüglich verschiedener Entwicklungsländer zu Worte zu melden? Hier liegt schon der Fehler in der Themenstellung.

Das Nachwort von Ahmed Muddathir, Hamburg, ist ein kleiner Katalog unserer leidlich bekannten und verstreuten Klagen über den sozio-ökonomischen Rückstand der Entwicklungsländer und seine Ursachen. Es fügt den doch recht originellen Beiträgen nichts Neues hinzu, ja nimmt sie, wie der aufmerksame Leser von Vor- und Nachworten heute leider häufig feststellen muß, gar nicht zur Kenntnis und wird in seinen vermeintlich fundamentalen Aussagen von den originellen Beiträgen deutlich genug widerlegt.

Albrecht Kruse-Rodenacker, Stuttgart

Friedrich Edding: Bildung und Politik (3 Vorträge). Pfullingen 1965. Verlag Günter Neske. 55 S.

Einige in seiner „Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und Investition“ (Freiburg/Br. 1963) bereits angeschnittene Themen greift Edding hier wieder auf und vertieft sie. In dem Vortrag „Bildungspolitik ist Gesamtpolitik“ weist er nach, in welchem starkem Maße die Bildungspolitik die Gesamtentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und speziell die Wachstumsraten determiniert. Er plädiert für ein die Länderkompetenzen übergreifendes Organ, das sich kybernetischer Methoden für die Bildungsplanung bedienen kann und dessen Empfehlungen nicht der Charakter des Unverbindlichen anhaftet.

In den „Grundgedanken und Entwicklungsrichtungen der Studienförderung“ umreißt Edding den Fächer der Förderungsmaßnahmen, die er nach Zielen und den Prinzipien der Caritas, der sozialen Gerechtigkeit, der gleichen Chance und der besonderen Chance systematisiert, wobei er die Ziel-Mittel-Problematik für dieses immer wichtiger werdende Gebiet hervorhebt.

„Perspektiven künftiger Organisation des Lehrens und Lernens“ heißt der letzte Vortrag. Den Fortschritten auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet stellt Edding den „atavistischen Stil“ der For-

schung gegenüber, den er als „Desorganisation der Wissenschaft“ umschreibt. An konkreten Beispielen zeigt er mangelnde Rationalität im Bildungswesen und dessen Produktivität auf Grund gesteigerter Rationalität auf. Besondere Beachtung verdienen die Forderung der *Elastizität*, der ständigen Anpassung der Lehrpläne und Prüfungsordnungen an Bedarf und neue Erfordernisse, und der Gedanke des Stufenaufbaus im Lernen und in der Qualifizierung. Edding hält gegen seine Kritiker daran fest, daß in der Bundesrepublik Ende dieses Jahrhunderts möglicherweise 600 000 Studienplätze benötigt werden.

Wie in allen seinen Veröffentlichungen beeindruckt Edding durch die Klarheit der Gedankenführung und die pragmatische Art, in der er Lösungen für aktuelle Probleme der Gegenwart sucht.

Rochus Castner, Nürnberg

Roland Reichwein: Funktionswandlungen der betrieblichen Sozialpolitik. Eine soziologische Analyse der zusätzlichen betrieblichen Sozialleistungen. Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 224 S.

Ausgehend von der Geschichte der betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen, arbeitet der Verfasser die Motive und Funktionen der heutigen betrieblichen Sozialpolitik scharfsinnig heraus. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die einst dominierenden sozialen oder gesellschaftsbezogenen Funktionen (Fürsorge-, Disziplinierungs-, Abwehr-, Herrschaftsfunktion) allmählich zurücktreten zugunsten ökonomischer Funktionen (Leistungssteigerungs-, Belohnungs-, Bindungs-, Werbungsfunktion) (S. 165 ff.). Abschließend schlägt Reichwein vor, die betrieblichen Sozialleistungen gezielter zur Beseitigung der Ursachen sozialer Notstände einzusetzen, manche Sozialleistungen durch eine verbesserte Human-Relations- und Public-Relations-Pflege zu ersetzen, die Mitverwaltung der Betriebsangehörigen an den betrieblichen Sozialeinrichtungen zu fördern, zwischen- und überbetriebliche Sozialeinrichtungen zu schaffen und das Miteigentum der Arbeitnehmer am Betrieb zu ermöglichen (S. 197 ff.). Daß Wilhelm Rieger den „normativen“ Betriebswirten zugerechnet wird (S. 57), ist nur ein unerheblicher Fehler in der verdienstvollen und sehr flüssig verfaßten Studie.

Rochus Castner, Nürnberg